

69. (außerordentliche) Sitzung

am Donnerstag, dem 2. November 2006

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	4577
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	4577

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionen der SPD und der CDU vom 20. Oktober 2006
(Drucksache 16/1168)

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4578
Abg. Dr. Sieling (SPD)	4583
Abg. Perschau (CDU)	4587
Abg. Tittmann (DVU)	4588
Ordnungsrufe für den Abgeordneten Tittmann (DVU)	4589
Abg. Wedler (FDP)	4591
Bürgermeister Böhrnsen	4592
Abstimmung	4594

Wahl eines Mitglieds des Senats

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Abg. Dr. Sieling (SPD)	4595
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4596
Abg. Perschau (CDU)	4598
Abg. Tittmann (DVU)	4598
Wahl	4600
Vereidigung	4601

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Arnold-Cramer****Schriftführerin Böschen****Schriftführer Herderhorst**

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 69. (außerordentliche) Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Arbeitsloser der Agentur für Bildung und Vermittlung und eine Klasse der Tobias-Schule aus Bremen.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen heute Vormittag!

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsgängen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 11. Juli 2006
2. Musische Erziehung und Bildung an Bremer und Bremerhavener Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. August 2006
3. Entsorgung von TBT-belastetem Baggergut
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. September 2006
D a z u
Antwort des Senats vom 31. Oktober 2006 (Drucksache 16/1177)
4. Mehrgenerationenhäuser für Bremen und Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Oktober 2006
D a z u
Antwort des Senats vom 31. Oktober 2006 (Drucksache 16/1178)
5. Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 10. Oktober 2006

II. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Unterschriftenliste der Einwohner des Schnoors und einiger Freunde mit dem Wunsch, in diesem Stadtteil keine neuen gastronomischen Betriebe

zuzulassen, keinem bestehenden Betrieb den Ausbau zu genehmigen und keine Änderungen des Nutzungsplans vorzunehmen.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 1 und 2, Wahl eines Mitglieds des Senats und Vereidigung eines Mitglieds des Senats.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass zuerst Tagesordnungspunkt 3, Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste, und anschließend die miteinander verbundenen Punkte 1, Wahl eines Mitglieds des Senats, und 2, Vereidigung eines Mitglieds des Senats, behandelt werden.

Für die Aussprache über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionen der SPD und der CDU „Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste“ ist für den jeweils ersten Redner je Fraktion eine verlängerte Redezeit bis zu 30 Minuten vereinbart. Danach wird nach Geschäftsordnungsverfahren. In dieser Aussprache erhält als erster Redner der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort, danach der Vertreter der SPD und der CDU. Im Anschluss daran wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen verfahren.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Thomas Ehmke zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(C)

(B)

(D)

(A) **Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionen der SPD und der CDU vom 20. Oktober 2006 (Drucksache 16/1168)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bremer Junge Kevin, der am 23. Januar 2004 hier geboren wurde, wurde zweieinhalb Jahre alt. Das genaue Todesdatum ist unbekannt. Sein kurzes Leben muss, das kann man aus den Akten sehen und aus dem, was in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ein Martyrium gewesen sein, und das auch, obwohl es dem Staat – jedenfalls nach dem Tod der Mutter – und all denjenigen, die für die Hilfe für dieses Kind zuständig gewesen wären und waren, bekannt gewesen ist, unter welchen Gefahren Kevin leben musste und dass er zum Teil vernachlässigt und misshandelt wurde. Dieser Sachverhalt hat ganz Bremen betroffen gemacht, auch hier die Bremische Bürgerschaft, und wir werden uns gemeinsam daranmachen, diesen Tod aufzuklären und einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der herausbekommt, wie es zu diesem Geschehen, das uns alle fassungslos macht, kommen konnte.

Am 10. Oktober dieses Jahres wurde seine Leiche im Haus seines Vaters gefunden. Senatorin Röpke hat auch die Opposition unverzüglich informiert, und es war erkennbar, wie wir alle betroffen über das sind, was dort geschehen ist. Ihr Rücktritt, das haben wir hier schon besprochen, ist respektabel, aber alternativlos. Sie trägt die politische Verantwortung für eines der größten Verwaltungsversagen in der Geschichte Bremens.

Bremen ist mit dem schlimmen Versagen des Bereiches Jugendhilfe bundesweit in die Aufmerksamkeit geraten. Teilweise haben überregionale Zeitungen diesen Fall aufgearbeitet, haben sich mit dem Leben von Kevin beschäftigt und viele gute Gedanken eingebracht, weil es auch aus der Distanz oft vielleicht noch einmal mehr möglich ist, Dinge zu sehen, die wir lange, auch mit den Verwaltungen, die hier beschäftigt sind, übersehen haben. Ich verweise auf die gute Chronologie in der „Süddeutschen Zeitung“, aber auch auf die Aufarbeitung in der „Zeit“.

Das, was dort geschehen ist, ist unfassbar. Es ist auch schwer, darüber zu reden. Das wird Ihnen auch so gehen. Viele Gespräche, auch im Bekanntenkreis, drehen sich darum, und eigentlich bleibt neben dem Entsetzen darüber, dass so etwas passieren konnte, ein großer Berg von Fragen, die sich nicht nur um die Menschen drehen, die mit Kevin zu tun hatten, sondern die auch etwas mit uns selbst zu tun haben, mit unserer eigenen Haltung zu Kindern, zu Gewalt, Armut, Jugendhilfe und – an die Adresse der Grünen – unserer eigenen Haltung zur Oppositionsarbeit. Wir selbst haben über den Zustand der Jugendhilfe viel gewusst, und auch uns ist es ja nicht gelungen, das so in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen, dass es vielleicht doch noch möglich gewesen wäre, mehr Menschen dazu zu bewegen, sich damit zu beschäftigen, was in den Jugendämtern in Bremen passiert.

Der Untersuchungsausschuss wird heute einstimmig und einvernehmlich eingesetzt. Das ist eine gute Grundlage, gute Ergebnisse zu erzielen, die wir hier dringend brauchen. Im Vorfeld, auch in der letzten Debatte hier, ist ja der Vorwurf der Parteipolitik erhoben worden, irgendjemand wollte, in diesem Fall die Grünen, sein Süppchen aus diesem tragischen Geschehen kochen. Ich möchte hier nur dazu sagen: Niemand kann daraus ein Süppchen kochen, wenn es nicht zu einem weiteren Missbrauch dieses toten Kindes kommen soll. Wir werden aber auch nichts verschweigen, denn das gehört zur Aufklärungsarbeit dazu, und man sollte sich nicht einer Haltung hingeben, die den Versuch, Verhältnisse zu benennen und Mechanismen zu durchschauen, als „parteiliches Süppchen-Kochen“ denunziert. Wenn ich aus dem Rathaus höre, dass dort in der Presseabteilung die Einschätzung herrscht, dass die Grünen „auf dem Grab von Kevin tanzen würden“, weil wir das als Gelegenheit nutzen können, der SPD zu schaden, dann sagt das viel mehr über die Urheber solchen Drecks aus als über die Grünen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden allen Ermittlungsansätzen nachgehen, und ich kann mir vorstellen, dass es für Sozialdemokraten mit ihrer Tradition, die darin besteht, für benachteiligte Menschen in besonderem Maße einzustehen, auch besonders schwer auszuhalten ist, was dort passiert ist. Sie müssen damit klarkommen, dass das in einem SPD-geführten Ressort passiert ist, in einer Stadt, die seit dem Krieg von der SPD regiert wird. Das ist aber Ihre Sache, und ich finde, Sie sollten der Versuchung widerstehen, das dann anderen anzukreiden.

Die Grünen werden Bürgermeister Böhrnsen, um das hier ganz klarzumachen, kein persönliches Versagen ankreiden. Dafür gibt es bisher keinerlei Hinweise. Politisch verantwortlich sind Sie aber für den Zustand einer Regierung, in der über viele Dinge nicht

(C)

(D)

(A) so offen gesprochen wurde, wie es nötig wäre, und die sich in der Hoffnung, dass man sich nach außen immer gut darstellt, an vielen Punkten in den Ausschüssen und gegenüber der Öffentlichkeit verbarrikadiert hat. Grüne vor so einem Hintergrund nun ausgerechnet, um beim eigenen Parteivolk Eindruck zu schinden, neoliberal zu nennen, ist auch ein sonderbarer Stil. Herr Bürgermeister Böhrnsen, Angst ist kein guter Ratgeber!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat Mäurer legt auf Betreiben des Bürgermeisters einen guten Bericht über die Geschehnisse um Kevin vor. Er wertet die Akten, die ihm zugänglich gemacht wurden, aus unserer Sicht zutreffend aus. Dieser Bericht ist eine gute Grundlage für den Untersuchungsausschuss. Letztendliche Bewertungen, finde ich aber, sollten vom Parlament vorgenommen werden, und das werden wir hier auch tun. Diese Verantwortung werden wir annehmen. Ich glaube, dass Herr Mäurer einige Dinge richtig sieht. Ich glaube aber, dass man darauf noch einmal einen anderen Fokus legen muss. Die Einschätzung, dass Finanzprobleme keine Rolle gespielt haben – dazu werde ich mich auch gleich noch äußern –, teile ich ausdrücklich nicht.

(B) Wer die Akte von Kevin liest, die sogenannte Fallakte, der liest – ich will das für die Öffentlichkeit hier gern kurz darstellen –, dass Kevin zu früh geboren wird, süchtig als Kind drogenabhängiger Eltern. Er liegt lange auf der Intensivstation. Die Eltern sind süchtig und überfordert, die Mutter kann das Kind nicht richtig halten, sie ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt und kann das Kind nicht richtig versorgen. Der Vater, bekannt als gewalttätig, erhält im Krankenhaus, genau in der Zeit, in der sein Kind geboren wurde, Hausverbot. Das Krankenhaus äußert sich vor der Entlassung von Kevin ganz klar. Es sagt nämlich, da ging es also um Kevin: „Von kinderärztlicher Seite bestehen deutliche Bedenken in der Versorgung des Kindes durch die Mutter.“

Die Familienhebamme, die sich um die Familie gekümmert hat, war übrigens jemand, von dem man denkt, dass sie ihre Arbeit gut gemacht hat und auch mit einem engagierten Verständnis darangegangen ist. Sie wird von der Familie abgelehnt, weil man die damit verbundene zu enge Kontrolle nicht wollte. Da kommt es dann zu den ersten Mysterien, bei denen man anfängt, den Kopf zu schütteln über das, was in Bremen passieren kann. Da gibt es nämlich eine parteiliche Drogensozialarbeiterin, die ganz deutlich sagt: Nein, Familienhebamme wollen wir nicht. Wir betreuen die Mutter schon. Die Mutter fühlt sich durch Kontrolle bedroht, und die Familienhebamme wird abgelehnt.

Obwohl klar war, dass Kevin nur aus dem Krankenhaus in das Elternhaus entlassen werden kann, wenn ein engmaschiges Hilfe- und Kontrollsystem

besteht, ist es letztendlich dazu gekommen, dass diejenigen, die die Eltern während ihrer Drogensucht unterstützt haben, sich einseitig parteilich zugunsten der Eltern dahingehend geäußert haben, dass die Eltern dabei unterstützt wurden, sich der Kontrollen und Hilfen, bei denen es sich um Kevin dreht, zu entziehen. Das ist ein Vorgang, der aufgeklärt werden muss und wo wir auch dringend etwas ändern müssen, wenn sich herausstellt, dass es sich dabei nicht nur um einen Einzelfall handelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Danach liest man Vermerke über Telefonate, in denen eine Familie sagt, es ist alles in Ordnung. Bedenken im Sozialamt und eine Kontrolle darüber, wie es Kevin eigentlich wirklich geht, gibt es erst ein Dreivierteljahr später, nämlich im August des Jahres 2004, übrigens angeregt durch einen Polizeibericht, der ganz ungeschminkt und klar sagt: Es gibt Verdacht auf Kindesmisshandlung. Das war im August 2004. Da war Kevin ein Dreivierteljahr alt.

Der Hausbesuch des Amts für Soziale Dienste findet dann im Oktober statt. Da wird Kevin zu Hause nicht angetroffen, denn er liegt auf Betreiben des Kinderarztes in der Professor-Hess-Kinderklinik. Dort kommt man zu dem Ergebnis, das möchte ich hier gern vortragen, Zitat aus dem Arztbericht: „Multiple traumatische Frakturen, Kindesmisshandlung, Entwicklungsstörung“. Dann kann ich es Ihnen nicht ersparen zu sagen, was man dort genau gefunden hat, nämlich den Bruch des Unterschenkels, den Bruch des Unterarms, beider Unterarmknochen, mehrere Schädel- und zwei Rippenbrüche.

Meine Damen und Herren, wenn Ihnen jemand so etwas angetan hätte, was würde dann passieren? Was wäre die Normalität? Die Normalität wäre, dass man Strafanzeige erstatten würde, und derjenige würde ins Gefängnis kommen. Kann es denn sein, dass wir in einem Land leben, wo offenkundig, amtskundig, gerichtskundig und ärztekundig jemandem so etwas angetan wird, dass dort keine Strafanzeige erstattet wird? Leben wir in einem Land, wo sich im Ämterdenken festgesetzt hat, dass das nicht normales Verhalten, nämlich eine Strafanzeige und die Verhaftung derjenigen nach sich zieht, die das getan haben? Haben Sie das gewusst? Haben Sie das für möglich gehalten? Ich glaube das nicht! Die Kinder sind doch besonders schützenswert.

Wenn jemand einem Kind so etwas antut – das sind doch nicht nur, wie die Klinik schreibt, Kindesmisshandlungen –, dann ist doch da klar gewesen, dass es nicht nur von der Wickelkommode gefallen ist. Wie kann es sein, dass das Normalste von der Welt, was in jedem Rechtsstaat passiert, wenn jemand so an Leib und Leben beschädigt wird, nicht dazu geführt hat, dass ein normales Ermittlungsverfahren, ein normales Strafverfahren eingeleitet wird? Das kann doch nur sein, dass es dort ein Denken gibt, dass man glaubt,

(C)

(D)

- (A) dass Kinder weniger Rechte haben als wir Erwachsenen. Das werden wir ganz, ganz schnell ändern müssen!

(Beifall)

Kevin kommt zurück zu den Eltern, kurz danach in das Hermann Hildebrand Haus, kurz danach zurück zur Familie. Im Hermann Hildebrand Haus hat man gefunden, dass er entwicklungsverzögert und vernachlässigt ist. Dort findet man eigentlich in der Akte den einzigen konsequenten Versuch – wenn man schon meint, man will Kevin unbedingt in der Familie halten –, wirklich auch mit einer ganz engmaschigen Betreuung sicherzustellen, dass jeden Tag jemand in die Familie kommt und die Familie betreut, sechs Wochen Intensivbetreuung. Aus der Akte geht hervor, dass danach die Familie stabilisiert verlassen wurde. Ich melde da ein Fragezeichen an!

Es ist aber auf jeden Fall das erste Mal in der Geschichte dieser Familie eine Zeit gewesen, in der das, was man sich vorgenommen hatte, als man gesagt hatte, man lässt Kevin bei den Eltern, da nämlich ganz genau zu schauen und der Familie alle Unterstützungen zu geben, die sie braucht, endlich eingelöst wurde. Einmalig! Kevin ging es danach wohl besser. Die Familie war stabilisiert. Dann gingen das alte Hinhalten, Aktenvermerke über beschwichtigende Telefonate und ein großer, betriebsamer Papierverkehr weiter.

- (B) Das Jahr 2005 ist bis zum November von Bemühungen des Amtes gekennzeichnet. Es ist nicht so, dass dort jemand faul oder einfach weg war, sondern es gibt ein ständiges Bearbeiten der Akte mit den Bemühungen, zu den Eltern Kontakt zu halten, die sich dem allerdings mit verschiedenen Ausflüchten, die allerdings meiner Meinung nach von einem professionell agierenden Sachbearbeiter auch durchschaut werden müssten, entzogen.

Die Mutter von Kevin stirbt im November 2005. Der Vater kommt in die Psychiatrie, Kevin kommt in das Hermann Hildebrand Haus, und vielleicht war es eine der letzten Gelegenheiten, sein Leben zu retten. Bei einer Fallkonferenz im Sozialamt findet eine Mehrheitsentscheidung statt, das Kind aus dem Hermann Hildebrand Haus zurück zum Vater zu geben. Auch die Amtsvormünderin hat sich mit der Äußerung dafür eingesetzt, dass es da um die Stabilisierung des Vaters geht, wie man überhaupt in vielen Stellungnahmen einen Fokus darauf legt, was eigentlich mit dem Vater passiert: Er hat seine Frau verloren, und wenn man ihm jetzt auch noch das Kind wegnehme, sei es das K. o. für den Vater.

Man findet in der Jugendamtakte, in der es ja um Kevin ging, kein Bild von Kevin, keine Auseinandersetzung darüber, ob er Zähne hatte, ob er sitzen konnte, ob er lachen konnte, nichts! Es geht um drogenabhängige Eltern, wobei übrigens schon von Anfang an völlig offensichtlich ist, dass sie erheblichen Bei-

gebrauch hatten. Das ist damals auch, als das Kind nach der Geburt entlassen wurde, als Bedingung ausgeschlossen worden, dass sie Beigebrauch haben.

(C)

Vom Januar 2006 bis Oktober dieses Jahres gibt es viele Kontaktversuche. Der Vater nimmt permanent die Termine nicht wahr. Was passiert? Er bekommt einen neuen. Er erzählt mehrfach, dass er zur Mutter ziehen will, erzählt wilde Geschichten von irgendwelchen kranken Vätern. Nichts davon, das sage ich Ihnen, wird sich letztendlich als wahr erweisen.

Dieser Mann, Vater von Kevin, hat Institutionen erfahren, Gefängnis erfahren, die Sachbearbeiter in einer Art und Weise an der Nase herumgeführt, was ein ganz schlechtes Licht auf die Professionalität in diesem Amt wirft. Das muss zur professionellen Arbeit dazugehören, dass man weiß, dass es Menschen gibt, die so abgebrüht sind, dass sie wissen, was man Sozialarbeitern erzählen muss, damit sie das machen, was man will. Man muss auch für seine eigene Kontrolle ein System leben, dass das, was Wolfgang Klarman gestern zu Recht in „Phoenix“ gesagt hat, nämlich die Beziehungsarbeit mit den Familien, letztendlich auch in Grenzensetzen und Konsequenzenziehen besteht.

(Beifall)

Am 10. Oktober wird Kevin tot in der Wohnung des Vaters gefunden. Das andere wissen Sie aus der Zeitung. Über die Reaktionen in der Öffentlichkeit habe ich schon gesprochen.

(D)

Wenn ich jetzt noch einmal einen persönlichen Eindruck darüber wagen darf, wie es einem geht, wenn man die Akte liest: Ich bin selbst Mutter von zwei Kindern, und man kann sich ganz schwer dagegen wehren, dass es anfängt, einen in einer gewissen Art und Weise gefangen zu nehmen, die vielleicht auch nicht immer gut ist. Es ist richtig, sich dem emotional hinzugeben, wir brauchen aber auch, damit wir zu Ergebnissen kommen, eine Distanz dazu.

Ich kann aber sagen, dass je mehr man in dieser Akte liest, desto mehr sich das Gefühl in einem breit macht, jetzt ist es aber gut. Wenn man die nächste Seite liest, dann sagt man, jetzt ist aber gut, jetzt müssen sie aber endlich. Auf der nächsten Seite wieder. Man bekommt in einer qualvollen Art und Weise vorgeführt, wie immer wieder neu dem Vater von Kevin – nicht dem Kind, um das Kind geht es nicht – Bedingungen gesetzt wurden, die er nicht eingehalten hat. Es ist immer noch nicht klar, was es letztendlich bei dem zuständigen Sachbearbeiter gewesen ist, dass er so blind davor gewesen ist, dass er an der Nase herumgeführt wurde und diese ständigen Verzögerungsstrategien des Vaters letztendlich das Kind gefährden.

Kevin gibt es als Menschen in der Akte so gut wie nicht. Es gibt die Eltern mit ihren Problemen, die

(A) sicherlich auch Hilfe brauchten. Da ging es aber um das Jugendamt, da ging es um Kevin, und es gehört auch zu den aufklärungsbedürftigen Sachverhalten, wie es eigentlich sein kann, dass trotz eindeutiger Rechtslage die Angelegenheiten der Eltern in diesem Jugendhilfverfahren ein so ungutes Übergewicht bekommen.

Ich möchte hier gern, ohne dem Ausschuss vorzugreifen, ein paar Feststellungen für die Grünen treffen. Das eine ist, uns ist es ganz wichtig zu sagen, es haben nicht alle weggesehen. Es ist wichtig, auf dem Guten, was man da gefunden hat, auf den engagierten Menschen aufzubauen, die das gesehen haben, dass es furchtbar enden kann. Da will ich als Erste die Familienhebamme erwähnen. Sie hat sich sehr engagiert um dieses Kind gekümmert und hat auch darum gekämpft, dass Kevin eine Chance hat. Den Kinderarzt will ich nennen, er hat Berichte abgegeben, in denen er gesagt hat, es geht nicht so.

Die Bewährungshelferin der Mutter von Kevin, das empfand ich eigentlich noch als eines der wirklich positiven Dinge, hat relativ früh in einem Bewährungshilfebericht, den sie abgegeben hat, Folgendes gesagt: „Ich finde ein hochgradig süchtiges Paar, das versucht, ein normales Leben zu spielen. Sehr übertreibend spielt der Freund die Rolle eines fürsorglichen und liebenden Mannes. Nach meiner Einschätzung ist das vierzehntonatige Kind in seiner Entwicklung um zirka sechs Monate zurück.“ Diese Frau, bestimmt eine erfahrene Sozialarbeiterin, hat mit zwei Sätzen zusammengefasst, was da eigentlich los war.

(B) Nirgendwo gibt es da Alarmglocken im Amt für Soziale Dienste. Ich will auch als positives Beispiel das Hermann Hildebrand Haus nennen. Da hat sich jemand über das Maß hinaus, was normalerweise erwartet wird, engagiert an den Bürgermeister gewandt. Ich will auch das Familiengericht erwähnen. Da hat es auch Menschen gegeben, die gesehen haben, dass etwas schief läuft, und im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht haben, etwas zu ändern.

Wir werden auf dem Positiven, was es da gab, aufbauen, um nicht alles schlechtzumachen, aber auch um anderen Mut zu machen, solche Beispiele nachzuahmen.

(Beifall)

Es geht auch nicht, das Jugendamt, das Sozialamt insgesamt in Misskredit zu bringen, das muss man auch sagen. Es gibt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort gute Arbeit machen. Ich glaube, dass wir viel mehr mit ihnen reden müssen, ihre Erfahrungen ernst nehmen müssen. Die Umorganisation der Sozialämter in den letzten Jahren hat uns, glaube ich, als Politik insgesamt letztendlich das Gespür und den Kontakt zu den Menschen verlieren lassen, von denen viele auch sehr gut vor Ort arbeiten. Da ist der Untersuchungsausschuss eine Chance, sich das einmal anzuhören, was Menschen in der praktischen

Arbeit erleben. Die Strukturen, die wir schaffen, sollen für sie gute Bedingungen schaffen und nicht von oben herunter letztendlich deren Arbeit behindern.

(C)

Der Untersuchungsausschuss wird die Frage aufklären: Wie war eigentlich die Kontrolle der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Amt für Soziale Dienste? Man findet in der Kevin-Akte jemanden, der nicht unengagiert ist, das kann man nicht sagen, aber jemanden, der festgelegt ist, der überfordert war mit einem gewalttätigen und gewaltbereiten und sehr institutionenerfahrenen Vater.

Man findet auch jemanden, der nicht die Wahrheit sagt. Wir wissen, dass der Bericht, der vom Amt für Soziale Dienste dann auf Bitten von Karin Röpke, auf Bitten von Jens Böhrnsen angefertigt und der Amtsleitung vorgelegt worden ist, und dann eben auch weitere Berichte. Wir kennen diese Berichte, und sie spiegeln in vielen Teilen gar nicht die Aktenlage wider. Man hat es dort wohl mit einem Sachbearbeiter zu tun, der, um seine eigene Entscheidung, nämlich, Kevin bleibt in der Familie, nach oben hin abzusichern, zumindest Dinge weggelassen hat, die in die Berichte gehört hätten, und die Sache so dargestellt hat, als sei eine regelmäßige Hilfe und Unterstützung für Kevin in der Familie. Das war aber nicht so! So findet man überhaupt in der Akte ständig alle möglichen Vorhaben, Frühe Hilfen und Familienhilfen und was noch immer. Das Amt hat sehr viele Angebote gemacht. Dann wurde immer gesagt, ja, der Vater will es annehmen. Es ist aber nie passiert. Diese Pläne des Vaters sind Teil der Berichte an die Amtsleitung geworden. Auf die Art und Weise wurde es zur Aktenwirklichkeit, dass Kevin unterstützt wird, während in der anderen, der tatsächlichen Wirklichkeit er seinem Vater völlig hilflos ausgeliefert war.

(D)

Wir müssen, das regt Herr Mäurer auch an, über die Frage, welche Arbeitsbedingungen eigentlich Amtsvormünder in Bremen vorfinden, sprechen. 200 Kinder pro Mitarbeiter sind zu viel, das ist, glaube ich, allen einsichtig. Da werden wir etwas ändern müssen. Ich persönlich habe auch großes Interesse daran – einige von Ihnen werden es wissen, dass ich über viele Jahre hinweg im Bereich Drogenpolitik war, das war ein wichtiger Politikbereich für mich, mir da auch ein bisschen Kompetenz erworben und in diesem Bereich gearbeitet habe –, dass wir miteinander ins Gespräch kommen über die Rolle, die die Drogenhilfe in Bremen eingenommen hat.

Ich möchte da ganz kurz einmal ein bisschen ausholen. Vor ungefähr 15 Jahren gab es große Auseinandersetzungen in Bremen über die Frage: Darf man an Drogenabhängige eigentlich Methadon geben? Das ist mühsam erkämpft worden, dass der alte Verelendungsansatz, es muss ihnen so schlecht gehen, bis sie bereit sind, clean zu werden – den halte ich nach wie vor für inhuman –, zugunsten eines Ansatzes abgeschafft wurde, der Hilfen in der Sucht. Heute haben wir einen Zustand, bei dem man sagen kann, Methadon wird als eine Droge neben anderen zusätz-

(A) lich gegeben. Es findet keine ausreichende Kontrolle und Unterstützung statt.

Wir haben auf die Art und Weise einen Zustand erzeugt, den die damaligen Gegner der Methadonvergabe immer an die Wand gemalt haben, nämlich ohne weitere unterstützende, soziale Hilfen gibt man Methadon aus. Letztendlich wird die Drogensozialarbeit in eine Kumpanei mit den Drogenabhängigen kommen. Wir setzen keine Grenzen mehr. Ich muss auch an meine Adresse sagen, ich bin nach wie vor dafür, Methadon zu geben, aber nicht so! Das geht einfach nicht!

(Beifall)

Wir müssen auch reden, das wird schwerfallen, über das Klima im Amt. Die Grünen werden Zeugen benennen, die sagen werden, was dort für eine Arbeitsatmosphäre herrschte. Es wurde massiv Druck auf Mitarbeiter ausgeübt, das ist auch bekannt, auf missliebige Mitarbeiter, auf Mitarbeiter, die ihr Budget nicht eingehalten haben. Es herrschte aus meiner Sicht ein sehr unmoderner, autoritärer und eben nicht fehlerfreundlicher Führungsstil.

Wenn ich will, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit erstens gern machen und zweitens ein Gefühl für ihre eigenen Schwächen bekommen, dann muss ich in einem Amt ein Klima herstellen, wo es belohnt wird, Probleme zu benennen. In diesem Amt für Soziale Dienste herrschte ein Klima, dass es ausschließlich erlaubt war, nach oben Vollzug zu melden. Das ist aus meiner Sicht das größte Problem dieses Amtes für Soziale Dienste, wohin es sich in den letzten Jahren, assistiert durch Roland Berger, aber natürlich auch eine Politik, die sich arg auf Erfolgsmeldungen fixiert hat, entwickelt hat.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen bleiben bei ihrer Einschätzung, dass auch Kostenüberlegungen eine Rolle gespielt haben. Ich gebe Herrn Mäurer recht, dass sich in der Akte von Kevin kein Hinweis darauf findet, in dem gesagt wurde, Inobhutnahme dürfen wir nicht, wir haben kein Geld mehr. Das ist richtig, es findet sich nicht. Es hat also keine direkten Kostenüberlegungen gegeben. Trotzdem, und auch das wird der Untersuchungsausschuss untersuchen und aus unserer Sicht auch herausfinden, hat der Druck, der auf dem Amt herrschte, nämlich möglichst die vorgegebenen Budgets einzuhalten, letztendlich natürlich die Kontrollen, wenn ein Kind nicht in Obhut genommen wurde, behindert und hat ein Klima geschaffen, bei dem Kostenüberlegungen eine aus unserer Sicht ungesetzliche, viel zu große Bedeutung hatten.

Ich möchte Ihnen kurz noch einmal vortragen aus der Vorlage der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom 7. September 2006, das ist das Sozialcontrolling, das da gemacht

wurde. Da heißt es: „Die Steuerungsvorgabe sieht weiter vor, dass die Fallzahl im Bereich Vollzeitpflege den Wert übersteigen darf, sofern im Bereich Heim eine entsprechende Absenkung erfolgt ist. Die Gesamtzahl der Fremdplatzierungen“ – die ist im Übrigen in den letzten Jahren massiv zurückgegangen – „darf somit nicht gesteigert werden.“

(C)

Es wird Ihnen die Behauptung sehr schwerfallen, dass das keinerlei Einfluss gehabt hat auf die Entscheidung des Amtes aufrechtzuerhalten. Ich finde auch, dass wir gemeinsam daran kein Interesse haben sollten, denn ich möchte damit gern verbesserte Strukturen und eine ausreichende Finanzausstattung erkämpfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit zu den Dingen, über die wir sprechen müssen im Untersuchungsausschuss, und mit zu den Fragen gehört auch die Frage, warum der sehr gute Brief der Wohlfahrtsverbände vom Mai dieses Jahres, das ist auch noch nicht so lange her, in dem sie sich intensiv mit dem Zustand der ambulanten Jugendhilfemaßnahmen und der Inobhutnahme auseinandersetzen und insgesamt mit dem Zustand des Jugendamtes, das will ich hier auch noch einmal kurz zitieren, so wenig öffentliche Resonanz hervorgerufen hat, auch nicht bei der Presse. Es gab einen Artikel im „Weser-Kurier“, aber sonst ist es leider so verpufft, obwohl Leute da richtig Mut gehabt haben, Missstände zu benennen.

(D)

Da heißt es in dem Papier der Wohlfahrtsverbände unter Neustrukturierung der ambulanten Jugendhilfemaßnahmen und der Inobhutnahme: „Die fehlende fachliche Steuerung in der Jugendhilfe ist fatal. Das bereits Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts, gemessen vom Amt für Soziale Dienste und den freien Trägern, entwickelte Hilfeplanverfahren mit den gesetzlich geforderten Beteiligungen und Dokumentationen wurde nie ausgewertet. Die für die Auswertung ursprünglich eingesetzte Mitarbeiterin wurde bereits nach sechs Monaten von der Aufgabe entbunden, sie wurde nicht ersetzt, entsprechend fehlen aussagekräftige Daten. Ambulant vor stationär ist gesetzlich geregelt, diese Vorgabe wurde auch in der Vergangenheit bereits umgesetzt. Die jetzt vorgenommene Neujustierung findet unter rein fiskalischen Gesichtspunkten statt, bei welchen Problemstellungen es unter Berücksichtigung vorhandener Ressourcen welcher Lösungsansatz erfolgversprechend ist.“ Das hätte normalerweise alle Alarmglocken klingen lassen müssen, passiert ist nichts.

Wir werden im Untersuchungsausschuss auch über etwas reden, was allen vielleicht am meisten schwerfallen wird, weil es am meisten mit uns selbst zu tun hat, nämlich über die Kultur des Laisser-faire. Mit der Kultur fordern wir professionelle Distanz ein, setzen wir selbst eigentlich Grenzen, wissen wir selbst, wo Verantwortung beginnt und endet, und können wir

(A) auch Verantwortung für Unbequemes übernehmen, setzen wir in der Jugendhilfe und in der Sozialarbeit auf Professionalität und haben wir genau verstanden, wo auch in unserem eigenen Milieu unsere eigene Sichtweise auch soziale Problemlagen und Kumpagnei und Parteilichkeit miteinander verknüpft sind und eine unheilvolle Mischung eingehen, die letztendlich die professionelle Distanz eigentlich gar nicht mehr gewährleistet.

Wir werden auch darüber reden, wie man es in Bremen schaffen kann, dass wieder mehr die Wahrheit gesagt wird. Über die Unwahrheit im Bericht des Sachbearbeiters habe ich hier gesprochen, aber zu dem Spiel gehört auch, dass nach dem Tod von Kevin gesagt wurde, es werden 135 Kinder in 97 Familien besucht. Wir wissen aber, dass das nie geplant war. Es war geplant, 50 Familien zu besuchen, und das dauert auch seine Zeit. Die Kritik ist nicht, dass sie es in diesem Zeitraum nicht geschafft haben, sondern dass der Öffentlichkeit via Presseerklärung wieder nicht die Wahrheit gesagt wurde über das, was man eigentlich mit den Mitarbeitern insgesamt überhaupt schaffen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Wir werden auch über die Erfahrung reden, die man in der Deputation macht. Es gelang uns allen gemeinsam, den Grünen insbesondere, nicht, in der Deputation die Probleme zuzuspitzen, klare Aussagen zu erhalten, und zwar Aussagen, auf die man sich auch verlassen kann. Wir konnten uns nicht darauf verlassen, dass dort von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Wahrheit gesagt wird, und wenn das wirklich so ist, dann entzieht das hier uns die Arbeitsgrundlage.

Auch Herr Härtl hat, obwohl das schon nach dem Tod von Kevin war, noch erzählt, die Grünen könnten die Akte nicht einsehen, sie sei ja von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Was soll so etwas eigentlich? Soll man jetzt wirklich vor dem Hintergrund dessen, was passiert ist, sich noch über diese Art und Weise gegeneinander das Leben schwer machen? Wir werden auch über Armut reden, Kinderarmut und über die Frage, ob Politik noch in der Lage ist, die Situation von benachteiligten Familien in angemessener Art und Weise in ihr Handeln mit einzubeziehen.

Kevin wird nicht wieder lebendig, wir sind alle verpflichtet, alles zu tun, dass sich so etwas nie wiederholt. Wir müssen einen kompromisslosen Schutz unserer Kinder durchsetzen. Der Untersuchungsausschuss wird aufklären und Vorschläge machen, und wir versprechen mit Klaus Möhle und Jörg Schmidtman eine kompetente und engagierte Zusammenarbeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling. (C)

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute hier zusammengekommen zu einer Sondersitzung, weil ein kleiner Junge in unserer Stadt gestorben ist, der nicht hätte sterben dürfen und der nicht hätte sterben müssen. Das Schicksal von Kevin, das kann man, glaube ich, sagen, erschüttert Bremen und hat Bremen und Bremerhaven erschüttert, es hat die gesamte Republik berührt und erschüttert. Die Vernachlässigung, die hier stattgefunden hat in dem kurzen Leben des Kindes, ist natürlich das, was die Tragödie um den Tod noch einmal besonders deutlich macht, eine Tragödie, und darum, finde ich, kann man und darf man nicht herumreden, die auch ein besonderes politisches Ausmaß hat.

Heribert Brandl von der „Süddeutschen Zeitung“ hat sehr früh, schon am 13. Oktober, dazu kommentiert, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Wenn Eltern furchtbar versagen, wenn ihre Kinder verkümmern, verwahrlosen, verhungern, wenn sich also das Elternrecht in Elternunrecht verwandelt, dann muss der Staat Vater, Mutter und Vormund sein. Die leiblichen Eltern haben ein Sorgerecht, der Staat hat notfalls die Sorgepflicht.“ Das ist das zentrale Problem, mit dem wir uns befassen müssen, weshalb es in diesem Haus einen Untersuchungsausschuss gibt. Dieser Sorgerecht ist nicht hinreichend entsprochen worden, das Hilfesystem hat komplett versagt, daran gibt es nichts zu beschönigen. (D)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diesen Untersuchungsausschuss, weil wir wissen wollen, wie es zu diesem tragischen Tod gekommen ist, weil das Versagen der Institutionen durchleuchtet werden muss und weil im Ergebnis, dann sind wir auch bei dem Gespräch darüber, was zu tun ist, dafür gesorgt werden muss, dass ein solcher Vorgang nicht wieder geschieht. Nie wieder darf es eine solche Akte über ein Kind geben, nie wieder darf ein Kind in Obhut so anhaltend wirklich ohne Obhut und ohne persönliche Beobachtung bleiben. Das ist im Kern das, was wir ändern müssen an diesem Hilfesystem.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen als Sozialdemokraten diesen Untersuchungsausschuss und haben deshalb etwas getan, das Gleiche gilt für die CDU, was wir bei einem solchen Antrag noch nie gemacht haben, dass alle Mitglieder unserer sozialdemokratischen Fraktion diesen Einsetzungsbeschluss unterschrieben haben, denn hier geht es um eine gemeinsame Aufgabe, und wir als Parlament müssen diese Aufklärung mit aller Kraft verfolgen und dürfen auch die Aufklärung nicht delegieren, gleichwohl viele an den Dingen werden ar-

(A) beiten müssen. Aber wir haben hier auch als Parlament eine eigene Aufgabe, und alle Beteiligten müssen und sollten sich die Frage vorlegen, welche eigene Verantwortung wir und sie, aber wir selbst eben auch, in diesen Vorgängen haben.

Staatsrat Mäurer hat vor zwei Tagen seinen Bericht vorgelegt, ein wichtiges Dokument, vor allem aber ein erschütterndes Dokument, in dem in sehr klarer Sprache sehr deutlich nachgezeigt wird, welches schreckliche erschütternde Leben dieses Kind hatte und welche Dinge geschehen sind, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Ich kann nicht sagen, wie es zu diesem Tod des Kindes gekommen ist, denn das erschließt sich einem in Wirklichkeit nicht, wie es dazu gekommen sein kann, dass diese Vernachlässigung, dieses Nichtkümmern, dieses Nichtsorgen, immer wieder stattgefunden hat. Ich will die einzelnen Stationen dieses Lebens hier nicht wiedergeben, denn Sie hatten sicherlich alle die Gelegenheit, den Bericht von Staatsrat Mäurer nachzulesen. Frau Linnert hat ja auch die Geschichte dieses Kindes hier sehr ausführlich referiert.

(B) Ich möchte mich, denn das war ein ganz entscheidender Punkt, dass dieser Bericht so in dieser Klarheit vorgelegt wird, an dieser Stelle sehr ausdrücklich und sehr herzlich bei Staatsrat Mäurer bedanken für diese Arbeit und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizressorts, die ihn erstellt haben, und bei unserem Bürgermeister, der diese Aufgabe in Auftrag gegeben hat. Das war ein wichtiger erster Schritt. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD)

Das war wirklich im Sinne dieses Kindes, und das ist der Stil, das muss er auch bleiben, mit dem wir an die Dinge herangehen. Ich sage das hier auch, Frau Linnert, weil ich Ihre Ausführungen über irgendwelche Gespräche oder Ausführungen im Rathaus nicht nachvollziehen konnte und es auch wirklich nicht sachdienlich und der Situation nicht angemessen finde, wenn wir damit so umgehen und uns hier gegenseitig irgendwelche Beurteilungen zuschieben. Wir müssen uns um das Problem kümmern. Herr Staatsrat Mäurer hat sich um das Problem bemüht, das ist der erste Schritt, das ist die entscheidende Grundlage für uns für die Beratung im Untersuchungsausschuss.

In der Konsequenz sagt dieser Bericht, dass vieles an Arbeitsabläufen im Jugendamt, im Amt für Soziale Dienste nicht in Ordnung war, dass es dort organisatorische Strukturen und Kontrollsysteme gegeben hat, die nicht gegriffen haben, und so gesehen das Kontrollsystem nicht hinreichend war. Das Jugendamt, das Amt für Soziale Dienste steht hier im Zentrum der Kritik.

Politische Verantwortung ist gezogen worden durch den Rücktritt von Senatorin Röpke, der in der Tat kon-

sequent war und der, glaube ich, eine breite Hochachtung in diesem Hause, aber insgesamt zur Folge hat: Das war das Einzige, was gemacht werden konnte, und es war richtig. Es war aber genauso richtig, Konsequenzen zu ziehen im Hinblick auf die Amtsleitung im Amt für Soziale Dienste, was das Ressort und Staatsrätin Dr. Weihrauch hinterher vollzogen haben. Natürlich ist es unabweisbar und unausweichlich gewesen, dass hier die zuständigen Spitzen auch entsprechend schnell erst einmal so weit zur Verantwortung gezogen oder aus der Verantwortung genommen werden, wie dies möglich ist.

Ich sehe auch, es ist richtig und wichtig, dass wir uns befassen und dass auch in aller Klarheit und Offenheit mit dem Amt für Soziale Dienste und im Jugendamt darüber geredet wird, wie es zu diesen Mechanismen hatte kommen können, die den Tod dieses Jungen zur Folge hatten. Dazu gibt es, glaube ich, keine Alternative. Ich schließe mich aber sehr den Ausführungen von Frau Linnert an, dass wir aufpassen müssen, in dieser Situation nicht jedem und jeder Mitarbeiterin und Mitarbeiter in diesen Ämtern die Schuld zu geben und zu sagen, sie alle machen dort schlechte Arbeit oder sind unzureichend. Ich denke, das ist nicht der Fall, ich fand es richtig, das zu sagen.

Besonders hervorzuheben ist allerdings auch das besondere Engagement der Hebamme, wir können das in dem Bericht gut nachlesen, des Kinderarztes, der Leitung des Hermann Hildebrand Hauses, die sehr gedrängt haben. Die Frage ist: Warum ist das Ganze nicht durchgedrungen? Das ist die Kritik, und da kann man es sich nicht leicht machen, und ich kann nur sagen, jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter in den Ämtern muss sich die Frage nach der eigenen Aufgabenerfüllung und nach dem Umgang stellen. Ich denke, das tut dort auch jeder. Wenn man so engagiert mit Menschen arbeiten muss, wenn das der Beruf und die Berufung ist, dann dürfen wir das erwarten. Ich denke, es gibt eigentlich keine Hinweise darauf – auch das zeigt der Bericht von Staatsrat Mäurer ja sehr deutlich –, dass dies an der Stelle eine Grundhaltung in dem Amt ist. Es gibt eben organisatorisch und sonstige Mechanismen, die dazu geführt haben.

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen, weil das auch angesprochen ist, dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier uns Fragen vorlegen müssen. Frau Linnert hat dies für die Grünen gesagt, und ich sage dies auch für die sozialdemokratische Fraktion. Wir haben in den letzten Wochen auch die fraktionsinternen Beratungen geführt, und es hat sich gezeigt, wie jede Einzelne und jeder Einzelner das wirklich ernst nimmt, sich die Frage vorlegt, ob man hier etwas nicht richtig gemacht, nicht aufgepasst hat. Ich habe den Eindruck aus Gesprächen, das kann man für das ganze Haus sagen, hier hat das Hilfesystem versagt, aber hier ist natürlich auch die Frage zu stellen, wie wir als parlamentarische Kontrolle zu wir-

(C)

(D)

(A) ken haben, uns zu engagieren haben, dass die Mängel in schnellerer und zügigerer Weise deutlich werden.

Der Bericht von Staatsrat Mäurer kommt auch zu dem Ergebnis, dass es in diesem konkreten Einzelfall keine Kostengründe gegeben hat, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Das ist richtig und zeigt sich in diesem Fall auch sehr deutlich. An der Stelle bin ich sehr froh, Frau Linnert, dass Sie sagen, das sehen Sie auch so, auch aus Ihrem Aktenstudium. Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt! Man muss aber jetzt aufpassen, dass man dann nicht zu schnell – in Ihrer Rede war mir das etwas zu schnell – den Übergang dazu findet, dass man dann sagt, es sind aber am Ende doch Kostenfragen gewesen, die diese Strukturen produziert haben. Das ist mir deshalb zu schnell, weil die Grundlinie, ambulant statt stationär zu versorgen, eine ist, die sich auch fachlich aus vielen Dingen herleitet, und keine ist, die sich rein und gar nur aus finanziellen Gründen ergibt.

(B) Die Fremdunterbringung sollte gesenkt werden, das ist richtig, und ist auch etwas, was im Kern eine positive Entwicklung wäre. Allerdings, und darüber müssen wir reden, wenn diese Senkung der Fremdunterbringung dazu führt, dass es zu solchen Vernachlässigungen und zu solchen strukturellen Dingen kommt, dann müssen die Dinge korrigiert werden. In diesem Falle aber, will ich deutlich sagen, wird doch klar, dass neben den Strukturfragen ganz offensichtlich auch dieser Fallmanager nur in diesem Betreuungsfall bei Kevin drastische Versäumnisse vorgenommen hat, dass er unzureichend informiert und berichtet hat. Unzureichend heißt dort, dass Fakten gefehlt haben. Das ist noch eine völlig ungeklärte Angelegenheit und wird eine wichtige Aufgabe, die sicherlich nicht nur der Untersuchungsausschuss zu betrachten hat: Welche Motivationen hat es gegeben, dass dieser Fallmanager an dieser Stelle in diesem Fall so reagiert hat.

Es spielt sicherlich diese Gesamtdiskussion eine Rolle, dass wir in den ganzen letzten Jahren eine Entwicklung haben, dass der Elternwille als Richtschnur gilt im Umgang mit Kindern. Das haben wir in vielen politischen Bereichen. Das ist eine im Grundsatz richtige Haltung, aber sie darf nicht dazu führen, dass es ein Laissez-faire gibt, ein Lockerlassen von Entwicklungen, die dann dazu führen, dass man derartige drastische Fehlentscheidungen, drastische Ignoranz von Fehlentwicklungen zulässt und Kinder eher bei ihren Eltern lässt.

Das ist die zentrale Lehre, die wir aus dem Tod dieses Jungen ziehen müssen. Elternwille als Richtschnur ist in Ordnung, in der Abwägung muss aber das Wohl der Kinder ganz oben stehen, und es muss ganz oben stehen, dass wir uns sorgen und diese Sorge notfalls wahrnehmen. Ich lese lieber eine Überschrift „Kind zu früh aus der Familie geholt“ als die Überschrift „Kind in der Familie gestorben“, meine Da-

men und Herren. So muss man es leider zuspitzen, auch vor dem Hintergrund dieser Entwicklung. (C)

(Beifall bei der SPD)

Dass es vor dem Hintergrund der polizeilichen Meldungen, der Bitten des Bürgermeisters, des Drängens der Senatorin nicht dazu gekommen ist, dass im Fall Kevin wirklich gehandelt wurde – außer, dass viele Worte auf Papier geschrieben wurden –, ist der unglaubliche Vorgang, der dadurch aber noch einmal verschärft wird, dass wir uns die Frage vorlegen müssen, vor allem dieser Arzt sich die Frage vorlegen muss, warum er sich ebenfalls so konsequent auf die Seite des Vaters gestellt hat und warum er so wenig aufgrund der Alarmsignale, die dort sichtbar waren, gehandelt hat.

An der Stelle möchte ich deshalb auch sagen, dass uns dieser Fall natürlich dazu führt, dass wir über den Umgang von Drogensüchtigen mit ihren Kindern, aber natürlich auch über den Umgang und über die Fortsetzung unserer Methadonprogramme reden müssen. Ich teile, was Frau Linnert dazu ausgeführt hat, wir müssen in stärkerer Weise darauf achten, dass Beigebrauch unterbunden wird. Da wird man auch über Regularien reden müssen. Wir müssen wahrscheinlich auch in stärkerer Weise dazu kommen, dass die Ärzte, die zuständig sind, vielleicht auch deutlicher kontrolliert werden und dass darauf geachtet wird, und es wird kritischer zu prüfen sein, ob Drogenabhängige in den konkreten Fällen – bitte nie pauschal, sondern in konkreten Fällen – ihre Kinder vernünftig versorgen beziehungsweise vernünftig versorgen können, meine Damen und Herren. (D)

Wir müssen auch beginnen, dafür ist, glaube ich, die heutige Diskussion und die heutige Bürgerschaftssitzung in ihrer Gesamtheit ein wichtiger Zeitpunkt mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, aber auch mit der bevorstehenden Neuwahl der Senatorin, darüber zu reden, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um solche Vorgänge und solche Fälle zu verhindern. Dazu möchte ich als Erstes sagen, der Bürgermeister hat dies mehrfach formuliert und auch sehr schnell gefordert, dass wir neue Standards brauchen, neue Standards im Bereich der Jugendhilfe. Neue Standards heißt an der Stelle, dass das Kindeswohl in das Zentrum von Entscheidungen gestellt werden muss, und zwar das Kindeswohl nicht, wie es sich in den Akten wiederfindet, sondern das Kindeswohl sehr unmittelbar durch die Beobachtung, durch den Besuch, durch das Aufsuchen.

Ich finde, alles, was dort jetzt an Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ergriffen worden ist, ist ein richtiger und ein guter Weg, der eingeschlagen worden ist. Es geht aber darüber hinaus. Es geht nicht nur darum, dass die größten Problemfälle in Augenschein zu nehmen sind, dass wir uns mit diesen Sorgen befassen, auch das muss man übrigens an der Stelle in der Debatte einmal sagen,

(A) die eher zunehmen in der Entwicklung unserer Gesellschaft, in der Entwicklung einer Gesellschaft, die geprägt ist von sich verfestigender Arbeitslosigkeit, auch von Ausgrenzung von Familien und teilweise schwierigen Lagen in ganzen Quartieren, sondern es wird auch darum gehen, dass wir uns als Staat und als Kommune dieser Verantwortung stellen müssen.

Da bin ich auf der Ebene des Handelns bei den Sofortmaßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn wir in Zukunft Dinge vermeiden wollen. Dass der Senat am vergangenen Wochenende erste Stellen ausgeschrieben hat und neun Stellen im Bereich des Amtes für Soziale Dienste zur Verstärkung einsetzen will, halte ich für ein richtiges Signal, für eine richtige Maßnahme, meine Damen und Herren. Hier müssen Kümmerer ans Werk, und die Arbeit, die im Ressort von guten Leuten schon geleistet wird, muss verstärkt werden. Darum freue ich mich, dass der Senat hier so schnell handlungsfähig war.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber auch sagen, das muss man wissen, dass diese Verstärkung und diese Notwendigkeiten, auf die wir Konsequenzen ziehen müssen, am Ende des Tages sicherlich auch Geld kosten werden, zusätzliches Geld, was sich nicht begründet aus der Frage – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal sagen –, dass der Tod von Kevin Kostengründe hätte, sondern was sich daraus begründet, dass er uns wie eine Spitze des Eisbergs deutlich macht, dass wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, damit in der Gesellschaft Strukturen in dieser Art nicht entstehen können.

(B) Der Tod von Kevin sollte uns mahnen, hier nicht über das Geld in politisches Gezänk zu verfallen. Ich bitte darum, dass dies nicht erfolgt. In diesem Zusammenhang wird das Sozialressort mit seinem Etat gefordert sein, einen Schwerpunkt zu setzen. Das kann aber eventuell nicht reichen, dann werden wir mehr machen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Perschau hat letzte Woche gesagt, es geht hier um Leben und Tod. Das finde ich richtig, und deshalb ist es an der Stelle Aufgabe des Sozialressorts, aber, meine Damen und Herren, es ist auch Aufgabe des Gesamtensats und aller Ressorts, hier die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten zu schaffen, dass so etwas möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich darauf hinweise, was jetzt in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangt ist und uns eigentlich schon lange bekannt ist und was dieser schreckliche Tod in einer Weise ans Tageslicht gespült hat, welche gesellschaftlichen Fehlentwick-

lungen wir haben, dann müssen wir auch dazu kommen, dass wir politisch umsteuern dahingehend, dass wir die Lage der Kinder in unserer Gesellschaft, die Lage auch der Familien in stärkerer Weise in den Mittelpunkt stellen. Vernachlässigung ist ein gesellschaftliches Problem, Frau Linnert hat auch ergänzend Fragen der Gewalt und anderes angesprochen, ich konzentriere mich auf diese Vernachlässigungsfragen, die Entwicklung der Kinder überhaupt in ihren frühen Jahren.

(C)

Deshalb wird es wichtig sein und eine richtige Konsequenz, dass wir dazu kommen, die Betreuung in den Kindergärten und in den Schulen zu verbessern, dass wir mit der Betreuung der unter Dreijährigen anfangen, dass wir aber auch in den jetzigen Kindergärten die Situation verstärken. Auch, wenn ich mir die Lage der Kinder ansehe, ist es richtig, dass wir im schulischen Bereich auf Ganztagschulen setzen, weil es eben viele Familien und viele Kinder gibt, Bürgermeister Böhrnsen hat es gestern Abend gesagt, die Montagmorgen mit Hunger im Magen in die Schulen kommen. Auch das ist ein Thema, das liegt da- runter, und das muss angegangen werden.

Dieser Fall sollte uns auch mahnen, im großen Umfang hierauf politisch zu reagieren, die Situation von Kindern in Deutschland in den Mittelpunkt zu stellen und gerade auf arme Familien genauer zu achten. Dafür sollten wir Steuergelder im Kern einsetzen, denn dafür sind die Steuern da, das ist die Aufgabe des Staates.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich sagen, der Bericht von Staatsrat Mäurer zeigt uns nicht nur, wie sich dieser Fall entwickelt hat, er zeigt uns auch wichtige Punkte, wo anzusetzen ist. Der Untersuchungsausschuss wird die Aufgabe haben, hier auch von parlamentarischer Seite Beratungen aufzunehmen und Empfehlungen zu formulieren. Ein neuerliches organisatorisches Versagen muss ausgeschlossen sein. Die Kontrolle muss funktionieren können. Das Amt für Soziale Dienste und das Jugendamt müssen als Kümmerer für die Kinder und für die Menschen auftreten können und ihre Wächterfunktion für die ganz Schwierigen wirklich auch wahrnehmen. Unser Ziel ist es, den Kinderschutz zu verbessern.

In dem parlamentarische Untersuchungsausschuss, meine Damen und Herren, wird die SPD-Fraktion mit voller Kraft arbeiten. Ich sage Ihnen hier zu, wir werden engagiert mitarbeiten! Wir werden vorbehaltlos bei der Aufklärung wirken. Es darf keine Geheimnisse und Unklarheiten geben. Aber wir werden auch konstruktiv und entschieden bei der Stärkung der Hilfen für unsere Kinder wirken und Vorschläge hierfür erarbeiten. Es geht um das Kindeswohl in unseren Städten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen heute einen weiteren Untersuchungsausschuss ein, nachdem Senatorin Röpke zurückgetreten ist und die politische Verantwortung übernommen hat für das, was im Amt für Soziale Dienste geschehen ist und was als Folge den Tod des kleinen Kevin hatte.

Dieser Untersuchungsausschuss ist genauso alternativlos, wie es der Rücktritt war. Es ist sicherlich so, wenn man sich die Ereignisse und die Berichte ansieht und die einzelnen Indikatoren betrachtet, die den handelnden Personen im Amt für Soziale Dienste bekannt waren, dann macht einen das Verhalten einiger Mitarbeiter in dem Amt ganz schlicht fassungslos. Es hat eine solche Dichte von kritischen, außerordentlich kritischen Bewertungen und gutachterlichen Stellungnahmen gegeben, wo es eigentlich bereits bei jeder einzelnen eine Legitimation gab, dieses Kind aus der Familie zu nehmen.

Es ist über einen ganzen Katalog von Hinweisen hinweg im Grunde genommen nichts geschehen. Ich bin mir nicht sicher, wenn man jetzt dieses Finanzargument nicht überstrapazieren will: Es geht nicht um das Geld, sondern es geht darum, dass ich bei vorliegenden Erkenntnissen das Richtige tun muss. Das hat zunächst einmal mit dem Geld überhaupt nichts zu tun.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Es gibt große Erkenntnisse aus ausführlichen Polizeiberichten, aus Berichten des Krankenhauses, aus Berichten der Hebamme, in denen ganz eindeutig, aber ganz eindeutig, eine katastrophale Familiensituation beschrieben wurde, bei der auch ein Fachmann wie der Sachbearbeiter sich nun sozusagen nicht in eine Form der Gutgläubigkeit zurückziehen kann. Das ist doch völlig ausgeschlossen! Es ist ja so, dass das Ehepaar hochgradig drogenabhängig, hochgradig süchtig war und dass natürlich bei dem Kind, nachdem es nach seiner Geburt zusammen mit der Mutter entgiftet wurde, sehr schnell Verletzungen festgestellt worden sind, die ganz eindeutig auf Gewaltanwendung im Elternhaus schließen lassen, aber ganz eindeutig, ohne jeden ernst zu nehmenden Zweifel!

In den Polizeiberichten steht, dass die Mutter betrunken und im Rausch im Treppenhaus liegend gefunden worden ist, dass das Kind schreiend daneben gelegen hat, völlig verdreht und in einem ganz jammervollen Zustand. Es war sehr früh klar, dass das Kind automatisch traumatisiert sein muss und dass ein solches traumatisiertes Kind eine ganz andere Betreuung braucht als die Betreuung gerade dieser beiden Eltern, wobei sich ja inzwischen herausgestellt hat, dass es sich tatsächlich nicht um den leiblichen Vater handelt. In Bezug auf den Vater hat es

sehr früh Erkenntnisse darüber gegeben, dass er zur Gewalttätigkeit neigt und nicht nur zum Drogenkonsum. Es hat Erkenntnisse über Vorstrafen gegeben, und es hat natürlich auch jede Menge Berichte gegeben. Die Behörde muss eigentlich einen großen Stapel von Berichten vorliegen haben, aus denen man beliebig Botschaften ziehen kann. Die Frage, und das ist das, was einen so fassungslos macht, ist: Wie ist es möglich, dass über einen so langen Zeitraum nicht gehandelt wurde?

(C)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, dass wir uns natürlich darüber im Klaren sein müssen, dass eine Erkenntnis sicherlich darin besteht, dass in dem Gesamtverfahren das Kindeswohl nachrangig zum Elternrecht behandelt worden ist. Diese Nachrangigkeit, wenn ich sie im Grundsatz so festlege, kann solche fatalen Folgen haben, und sie ist nicht akzeptabel, denn das Elternrecht findet seine Grenze an der Leistungsfähigkeit der Eltern, an der Fähigkeit der Eltern, Erziehungsverantwortung für das Kind oder die Kinder überhaupt wahrnehmen zu können.

Natürlich hat niemand von uns, ich bin auch Vater von zwei Töchtern, es gern, wenn man in die eigene Erziehungskompetenz hineinredet. Es muss doch aber jeder so viel Vernunft haben zu wissen, dass, wenn die Eltern ihre Erziehungsfähigkeit verloren haben, was in diesen beiden Einzelfällen ja so deutlich ist, man dann handeln muss und sich weder hinter Finanzfragen noch hinter dem Elternrecht verschanzen kann. Das ist doch das Gegenteil von Wahrnehmung des Elternrechts. Wenn die Eltern ihre eigenen Pflichten nicht wahrnehmen, dann kann ich ihnen doch nicht die Rechte allein lassen, ohne die Pflichtenbindung zu kontrollieren und auch durchzusetzen.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Deshalb ist es sicherlich so, dass wir in dem Untersuchungsausschuss viel aufzuarbeiten haben.

Was mich auch erschrocken gemacht hat, sind die unmittelbaren persönlichen Stellungnahmen des Sachbearbeiters zu Vorhalten. Ich kann Ihnen den gesamten Katalog vorlesen, was da gewesen ist, aber sie zeigen eine ganz ungewöhnliche Dickfelligkeit und auch eine ganz ungewöhnliche Selbstgerechtigkeit im Abweisen fachmännischer Prüfungen und Urteile aus Krankenhäusern, von Fachleuten, Experten und so weiter. Deshalb ist es sicherlich so, wir werden in dem Amt sehr genau hinschauen müssen, wie es in weiteren Familien aussieht. Wir werden sehr genau hinschauen müssen, ob die Mitarbeiter die menschliche, die moralisch-ethische Kompetenz haben, diese schwierigen Entscheidungen, die ja zu treffen sind, auch wirklich zu treffen, wer das eigentlich

(A) kontrolliert, in welchem Klima das Ganze geschieht, und in welcher Offenheit wir uns den Schicksalen zuwenden.

Wir beklagen häufig, dass wir so wenig Kinder in unserer Gesellschaft haben. Ich glaube, dass dieser Untersuchungsausschuss auch einen ganz wichtigen Beitrag dazu leisten kann, uns allen deutlich zu machen, dass wir uns um unsere Kinder, im wahrsten Sinne des Wortes unsere Kinder, mehr kümmern müssen. Dieses erschütternde Beispiel dieser sogenannten Familie macht doch auch deutlich, dass wir in unserer Sozialpolitik und natürlich auch in der Fürsorge menschliche Zuwendung brauchen und unsere Mitarbeiter doch nicht nur die Frage zu prüfen haben, ob sie das Recht haben, sondern ob sie das Nötige getan haben, um sich menschlich den schutzlosen Kindern so zuzuwenden und ihnen auch Alternativen zu schaffen, sodass sie geschützt aufwachsen können.

Wir haben heute sehr viele Kinder, die Gewaltanwendungsschäden haben, viele Kinder, die Traumatisierungen haben, und wir stehen, wenn man heute in die Kinderpsychiatrien hineingeht, sich das Schicksal einzelner Kinder ansieht und es ein bisschen zurückverfolgt, alle im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss vor der Frage, wie wir das in Zukunft besser machen können. Meine Damen und Herren, das ist kein spezielles bremisches Problem, das ist ein ganz allgemeines Problem in unserer Gesellschaft, und damit müssen wir uns befassen.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben vielleicht das Privileg, dass wir durch diesen Fall etwas stärker wachgerüttelt worden sind als vielleicht andere. Wir müssen schon darüber nachdenken, welchen Platz die Kinder in unserer Gesellschaft haben und wie wir in Zukunft mit ihnen umgehen müssen. Wir wollen natürlich die Familien schützen, weil die Familie nach wie vor der beste Platz für die Kinder ist. Das setzt aber voraus, dass die Familie das leisten kann.

Ich glaube, dass wir im Untersuchungsausschuss vieles aufzuarbeiten haben. Ich bin Staatsrat Mäurer dankbar, dass er diesen Bericht so sauber erstellt hat und dass in diesem Bericht auch nicht der Versuch unternommen wird, Dinge zu beschönigen. Darüber bin ich sehr froh, weil wir uns deshalb auch im Untersuchungsausschuss nicht damit befassen müssen, staatliche Beschönigungsversuche abzarbeiten. Das ist immer sehr quälend. Deshalb glaube ich, dass es ein sehr sauberer und sehr fairer Bericht ist, der aber auch erzwingt, dass wir ihn genauso sauber abarbeiten. Am Ende des Prozesses müssen Wege da sein, wie wir dies in Zukunft besser und sicherer machen können. Es kann nicht sein, dass eine solche Fülle von dramatischen Hinweisen, wie es sie hier gegeben hat, am Ende zu keinen Handlungen und Maß-

nahmen führt. Ich glaube, dass sehr deutlich und auch sehr klar herausgearbeitet worden ist, wohin wir gehen müssen.

(C)

Meine Damen und Herren, ich stimme weitgehend mit dem überein, was meine beiden Vorredner gesagt haben. Wir haben diesen Untersuchungsausschuss auch gemeinsam eingesetzt. Das ist, glaube ich, soweit ich mich zurückerinnern kann, auch an meine Hamburger Zeit, der einzige Untersuchungsausschuss, der von allen Parlamentsfraktionen gemeinsam auf den Weg gebracht worden ist. Deshalb bin ich schon der Meinung, dass wir ganz große gemeinsame Interessen haben an der Aufklärung und an den Konsequenzen aus der Aufklärung. Ich wünsche dem Untersuchungsausschuss, dass es zu einer guten internen Zusammenarbeit kommt, sodass das gemeinsame Ziel die Arbeit prägt.

Wir haben hier ein großes Problem abzarbeiten, und wir haben mit diesem Problem eine schwere bremische Hypothek, die auch in der Öffentlichkeit außerhalb Bremens sehr intensiv wahrgenommen wird. Wir haben mit dem Untersuchungsausschuss eine große Chance, diese Hypothek nicht nur abzarbeiten, sondern wir haben mit diesem Untersuchungsausschuss auch die Chance, vielleicht zukunftsweisende Regelungen zu treffen, bei denen vielleicht andere einmal sagen: Schaut doch einmal nach Bremen, wie die es gemacht haben!

Ich wünsche mir, dass dies das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit sein wird, und ich wünsche dem Untersuchungsausschuss, der eine harte Arbeit leisten muss und auch leisten wird, den gewünschten Erfolg. Es ist unser aller Aufgabe, die wir hier sitzen – Senat und Parlament –, am Ende dafür sorgen, dass das, was wir gemeinsam herausgefunden haben, auch eine solide Basis bekommt, damit das durchgesetzt werden kann, was für unsere Kinder zwingend nötig ist.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Linnert, ich werde nicht behaupten, dass das Bündnis 90/Die Grünen auf dem Grab des kleinen Kevin herumtanzt, um daraus ein politisches Süppchen kochen zu wollen. Diese niederträchtige Aussage spricht für die Geisteshaltung der Presse, Partei oder der Personen, die solche Aussagen in Umlauf gebracht haben. Aber vielleicht sind solche schrecklichen Vorfälle ja auch Folgen der gescheiterten, zu liberalen Drogenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, wovon ich Sie namens der Deutschen Volksunion schon vor Jahren gewarnt habe.

Wie ich es hier schon erwähnt habe, bin ich normalerweise aus Kostengründen gegen die Einsetzung

(A) eines Untersuchungsausschusses, weil ein Untersuchungsausschuss den hart arbeitenden Steuerzahler, und das wissen viele Bürgerinnen und Bürger ja gar nicht, zirka eine Million Euro Steuergelder zusätzlich kostet. Zweitens ist die Einsetzung eines sehr teuren Untersuchungsausschusses oftmals nutzlos und mit sinnlosem, unendlichem Palaver und mit Scheindiskussionen behaftet, wobei am Ende, wie so oft, nichts dabei herausgekommen ist.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, Sie dürfen hier im Parlament keine falschen Tatsachenbehauptungen zu den Kosten eines Untersuchungsausschusses machen.

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich meine, das kann man doch nachlesen! Das ist doch kein Geheimnis.

(Abg. F o c k e [CDU]: Dann lies doch einmal richtig! – Zuruf von der SPD: Welchen meinen Sie denn?)

Ist ja gut! Bleiben Sie einmal ganz ruhig!

(B) Meine Damen und Herren, die Folgen waren, es konnten keine effektiven Entscheidungen zur Beseitigung der zu untersuchenden Missstände und unendlichen politischen Skandale getroffen werden, siehe Zechbau und viele, viele andere Untersuchungsausschüsse. Es blieb trotz zahlreicher sehr teurer – und das können Sie nicht bestreiten, dass ein Untersuchungsausschuss sehr, sehr teuer ist – alles beim Alten, also alles wie gehabt.

Meines Erachtens dient die Einsetzung von sehr teuren Untersuchungsausschüssen der niederträchtigen, skrupellosen und schäbigen Abzocke von zusätzlichen Steuergeldern für alle sogenannten demokratischen Fraktionen aller Parteien, und sonst gar nichts!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich fordere Sie auf, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen, sonst entziehe ich Ihnen das Wort!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Tittmann** (DVU): Ihnen als SPD-Mitglied wäre ich nicht böse! Aus Mitleid würde ich den auch noch für einen Ordnungsruf – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf. Sie haben

meine Ausführungen nicht zu kommentieren! – Bitte, fahren Sie fort!

(C)

Abg. **Tittmann** (DVU): Ist ja gut! Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich wieder! Schonen Sie Ihre Nerven, denn bei Ihrer schäbigen Politik brauchen Sie die noch! Immer, wenn Sie dazwischenschreien, weiß ich ganz genau, dass ich namens der Deutschen Volksunion genau ins Schwarze getroffen habe, und das ist auch gut so!

Im Fall des grausamen und schrecklichen Todes des kleinen Kevin liegt die Sache anders. Hier bin ich der Meinung, dass sogar ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden muss, der den grausamen Tod des kleinen Kevin unter staatlicher Obhut umgehend aufklärt. Der grausame Tod des kleinen, unschuldigen Kevin darf nicht ungesühnt bleiben und wie so oft von den politisch Verantwortlichen der Altparteien vielleicht nach einigen Wochen der Betroffenheit einfach einmal wieder so zu den Akten gelegt werden. Das, meine Damen und Herren, darf nicht sein! Dass das nicht passiert, kann ich Ihnen, auch im Namen der DVU – an der Spitze Bundesvorsitzender Dr. Frey –, hoch und heilig versprechen.

Wir verlangen, dass hier unverzüglich rigoros zum Wohl und zum Schutz von unzähligen misshandelten und geschändeten Kindern aufgeklärt und politisch effektiv schnell gehandelt wird, bevor es wieder einmal für ein kleines zu Tode misshandeltes Kind zu spät ist. Ich werde Sie jedes Mal, für Sie schmerzhaft, lauthals an die Aussagen von Herrn Professor Dr. Hans-Iko Huppertz, Chefarzt der Professor-Hess-Kinderklinik Bremen, erinnern. Er sagt – Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren, und nun sollten Sie alle sehr genau zuhören, damit Sie es niemals vergessen werden, ich spreche auch etwas langsamer, damit sogar Sie es begreifen –: „Der gequälte und misshandelte Kevin ist leider kein Einzelfall. Wir haben es mindestens einmal im Monat mit einem sehr schweren Fall von Kindesmisshandlung zu tun.“

(D)

Meine Damen und Herren, das ist nur eine diesbezügliche erschreckende Aussage von nur einem Kinderarzt aus nur einer Klinik. Es gibt im Land Bremen noch mehr Krankenhäuser, noch sehr viel mehr Ärzte und Kinderärzte, die über ähnliche grausame Fälle von Kindesmisshandlung berichtet haben und in denen das Jugendamt nicht schnell genug und effektiv eingeschritten ist. Ich aber sage Ihnen, einer Gesellschaft, die es zulässt, dass jährlich bundesweit zirka 100 000 Kinder verwaorlosen und schwer misshandelt werden, spreche ich jegliches Recht ab, sich zivilisiert nennen zu dürfen, damit das hier ein für alle Mal klar ist!

Meine Damen und Herren, Kindererziehung ist nicht in jedem Fall Privatsache. Darum dürfen Kinder, nicht so, wie es im Land Bremen bis jetzt üblich war, zu mehrfach vorbestraften, aktenkundigen, ge-

(A) walttätigen, kranken, drogensüchtigen Eltern, vielleicht sogar aus Kostengründen, nicht zurückgebracht werden und vielleicht auch quasi als Therapie für drogensüchtige, gewalttätige Eltern missbraucht werden. Das darf nicht sein! Ich lasse es absolut nicht gelten, wenn zum Beispiel achtundsechziger Kuschelpädagogen schwere Kindesmisshandlungen mit einer schweren Kindheit, Alkohol- oder Drogensucht der Täter entschuldigen wollen. Dafür, meine Damen und Herren, habe ich absolut kein Verständnis!

Darum bin ich ja auch in diesem Fall für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der schnellstens rigoros und ohne Ansehen von Personen und ohne eine beschönigende Parteibrille mit allen strafrechtlichen Konsequenzen für grobes Fehlverhalten verantwortlicher Personen aufzuklären hat, erstens, warum das Jugendamt auf der Grundlage eindeutiger Warnungen und Erkenntnisse so lange tatenlos einfach nur zugesehen hat, bis der kleine Kevin so grausam sterben musste, bis es für den kleinen Jungen zu spät gewesen ist, obwohl meines Erachtens das Jugendamt genau wissen musste, wie es um diesen kleinen Jungen steht.

(B) Darüber hinaus muss dieser Untersuchungsausschuss zweitens dringend aufklären, und das meine ich mit „ohne Ansehen der Person“, inwieweit Bürgermeister Böhrnsen hier versagt hat. Herr Bürgermeister Böhrnsen hat trotz persönlicher Kenntnisnahme eine meiner Meinung nach schon damals überforderte Sozialsenatorin mit diesem sehr schwierigen Fall beauftragt und sie damit ein allerletztes Mal mit schrecklichen Folgen dramatisch überfordert. Deshalb hat Herr Bürgermeister Böhrnsen meiner Ansicht nach als politisch verantwortlicher Bürgermeister versagt, denn alle, und das meine ich mit „ohne Ansehen von Personen“, können sich in diesem Fall des grausam getöteten kleinen Kevin nicht damit herausreden, von nichts gewusst zu haben, dieses Mal nicht!

Sehr viele verantwortliche Personen hätten wissen müssen oder haben es sogar gewusst, dass der kleine Kevin schon seit Juli nicht mehr gesehen worden ist. Sie hätten sich erkundigen müssen, wann ein Sozialarbeiter zuletzt bei Kevins Stiefvater nach dem Rechten gesehen hat. Dort war nämlich schon seit Wochen kein Sozialarbeiter mehr. Sie hätten wissen müssen, dass gegen den Vater ein Ermittlungsverfahren wegen des ungeklärten Todes seiner Lebensgefährtin läuft. Sie hätten wissen müssen, dass der Vater wegen Drogendelikten und anderer Gewaltdelikte schon unzählige Male verurteilt worden ist und so weiter. Das alles hätte man wissen müssen, wenn man sich rechtzeitig zum Wohl und zum Schutz des Kindes verantwortungsbewusst darum gekümmert hätte.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, warum das Jugendamt aus dem frühzeitig vorhandenen Kenntnisstand im Fall des kleinen Kevin das Jugendamt zum Schutz des Kindes keine rechtzeitigen effektiven Konsequenzen gezogen hat. Das

heißt, der Ausschuss muss aufklären, warum das Jugendamt hier nicht viel schneller eingeschritten ist.

(C)

Diese Aufklärung ist auch im Sinn und im Interesse zum Schutz vieler engagierter mutiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes, die auch eine ganz hervorragende aufopferungsvolle Arbeit leisten. Die Deutsche Volksunion fordert seit langem, im Gegensatz zur Bremer CDU, mehr Geld für deutsche Familien, mehr Geld für Jugendbetreuung, mehr Geld für Jugend- und Familienpolitik. Das können Sie nachweislich in der „National-Zeitung“ wöchentlich nachlesen. Wir brauchen dringend mehr Sozialarbeiter, die vor Ort öfter kontrollierend nachschauen, um schnellstens zum Schutz der gefährdeten Kinder handeln zu können. Das brauchen wir, meine Damen und Herren!

Was wir nicht brauchen, ist zum Beispiel ein geplanter zweiter, sehr teurer Staatsrat, der vielleicht fernab des Geschehens nur nach Aktenlage gravierende Fehlentscheidungen oder aber zu späte positive Entscheidungen zum Wohl des Kindes trifft. Für diesen geplanten, sehr teuren zweiten zusätzlichen SPD-Staatsrat könnten wir zirka drei zusätzliche Sozialarbeiter bezahlen, die direkt vor Ort gefährdeten Kindern viel effektiver und schneller helfen könnten als ein zweiter zusätzlicher, sehr teurer Staatsrat.

Sagen Sie gleich ja nicht, für weitere diesbezügliche Maßnahmen hätten wir kein Geld! Da werde ich richtig sauer! Die rotschwarze Chaosregierung verschwendet jährlich sage und schreibe 24 Millionen Euro, das sind 48 Millionen D-Mark, für sinnlose, unnötige Alibiprojekte gegen den angeblichen ansteigenden Rechtsextremismus. Diese verschwendeten 24 Millionen Euro wären viel sinnvoller und zweckmäßiger eingesetzt gegen die ansteigende Kinderarmut, gegen den Kindesmissbrauch, gegen Kindesmisshandlungen und so weiter.

(D)

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich komme zum Schluss! Wer das nicht begreift, macht sich meiner Meinung nach mitschuldig an zukünftigen unzähligen grausamen Schicksalen misshandelter und getöteter Kinder wie im Fall des getöteten kleinen Kevin.

Ein Letztes noch: Es darf nicht nur über Maßnahmen geredet, sondern es müssen Sofortmaßnahmen sofort eingeleitet werden, denn es geht hier wirklich im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod, um das Sterben kleiner, misshandelter, unschuldiger Kinder.

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

(A) Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt mir immer schwer, nach einer solchen Vorrede wieder zur Sache zurückzukommen,

(Beifall bei der SPD)

weil in diesen demagogischen, polemischen Teilen mit Beschimpfungen politischer Konkurrenten und anderer gearbeitet und dann Empörung gespielt wird, die in Wahrheit offensichtlich nicht besteht. Es fällt mir schwer, darüber hinwegzukommen und wieder mit der Sache, mit der wir uns hier heute beschäftigen sollen, fortzufahren.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Wir müssen heute einen weiteren Untersuchungsausschuss einrichten, den zweiten in dieser Legislaturperiode, und im Übrigen der zweite, der gegen Ende dieser Legislaturperiode eingerichtet wird und der dann natürlich droht, in das Geschehen des Wahlkampfes mit hineingezogen zu werden. Das sollten wir verhindern. Insbesondere bei diesem zweiten Ausschuss sollte das auf jeden Fall verhindert werden.

(B) Wir haben es – Frau Linnert hat es vorhin richtigerweise gesagt, und so empfinde ich das auch – in diesem konkreten Fall mit dem größten Verwaltungsversagen in der Geschichte Bremens zu tun. Das ist, glaube ich, das Thema, mit dem wir uns hier auseinandersetzen haben. Das Geschehen, das zunehmend offenbar wird, ist für mich unfassbar. Ich habe es schon in der letzten Sitzung gesagt, aber damals kannte ich noch nicht die Details, die inzwischen in der Öffentlichkeit und jetzt auch aufgeschrieben sind. Das Geschehen, das wir jetzt vor uns finden, muss juristisch und auch parlamentarisch dringend aufgearbeitet werden. Ich hoffe, dass das behördenintern und juristisch von der Staatsanwaltschaft betrieben wird, das ist nicht unser Part in diesem Hause. Unser Part hier in der Bürgerschaft ist, dass wir das parlamentarisch aufarbeiten müssen, und insoweit ist, glaube ich, dringender Handlungsbedarf gegeben.

Die zuständige Senatorin ist zurückgetreten. Das war spätestens nach diesem Vorgang unausweichlich, richtig und auch dringend geboten. Das kann es aber nicht gewesen sein, auch nicht, wenn man dazu sieht, dass ihr Staatsrat ebenfalls in den vorläufigen Ruhestand versetzt wurde und uns in diesem Bereich personelle Verstärkungen als Sofortmaßnahme angekündigt sind. Das kann es nicht gewesen sein. Jetzt geht es darum, hier einmal richtig intensiv hinzuschauen und zu überlegen, was schiefgelaufen ist und welche Lehren für die Zukunft daraus gezogen werden können, damit so etwas nie mehr geschehen kann.

Wir haben inzwischen den Bericht von Herrn Mäurer vorliegen. Ich persönlich habe ihn zwar auch vor-

liegen, habe aber nur punktuell darin gelesen und konnte ihn noch nicht komplett von A bis Z lesen. Ich habe darüber natürlich in den Medien gelesen, auch davon gehört und mit Kollegen darüber gesprochen, in der Familie spricht man ja auch über so etwas. Das ist wahrlich ein erschütterndes Dokument, auch wenn man nur punktuell darin blättert und sich das Geschehen dann vor Augen führt. Ich kann Frau Linnert, auch, was ihre persönliche Betroffenheit angeht, hier nur ausdrücklich zustimmen. Mir ist es ähnlich gegangen, wobei ich, wie gesagt, bisher nur auszugsweise gelesen habe, es haben sich mir die Haare gesträubt.

Der Bericht von Herrn Mäurer bietet viele Informationen, die Ausgangspunkt für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss sein sollten und müssen. Das ist richtig, und nach diesem Bericht wird deutlich – jedenfalls für mich –, dass Finanzprobleme, die politische Aufmerksamkeit und auch Informationsdefizite und Datenschutz ganz offensichtlich nicht die entscheidenden Probleme in diesem Zusammenhang waren, denn sowohl die Informationen lagen ganz offenkundig vor, als auch die politische Aufmerksamkeit war gegeben – bis hin in die oberste Staatsspitze –, und auch Finanzprobleme spielten, wenn ich den Bericht richtig lese, in diesem konkreten Fall überhaupt keine Rolle, sodass es hier also andere Ursachen gegeben haben muss, die zu diesem Ereignis geführt haben.

(D) Nach meiner Auffassung liegt das entscheidende Problem im System der Jugend- und Sozialarbeit und in der nicht richtigen Gewichtung der verschiedenen Rechtsgüter, mit denen wir es in diesem Zusammenhang zu tun haben. Ich glaube, das muss auch ein Schwerpunkt des Untersuchungsausschusses sein, dass wir uns mit den verschiedenen Rechtsgütern, die ja gleichgewichtig nebeneinanderstehen, einmal auseinandersetzen und auch einmal nachschauen, wie der Umgang der Behörde mit solchen Fällen aussieht.

Es kann nicht sein, dass die saubere Aktenführung Vorrang hat vor Kenntnis der Betroffenen beziehungsweise der Menschen und ihrer Rechte, das heißt also in diesem speziellen Fall der minderjährigen, kleinsten Kinder, die sich mit ihren eigenen Möglichkeiten überhaupt nicht gegen mögliches Unrecht wehren können. Es kann auch nicht sein, dass das Kindeswohl dem Elternrecht geopfert wird, vor allem dann nicht, wenn so massiv, wie das hier in diesem Fall geschehen ist, dieses Elternrecht mit Füßen getreten wurde, also aufgegeben wird von den Eltern, von der Mutter und später auch von dem Vater. Spätestens hier hätte das Kindeswohl, also das eine Rechtsgut, Vorrang haben müssen vor dem Elternrecht.

Es ist richtig, was vorhin hier auch schon angeklungen ist, es kann nicht nur um Elternrechte gehen, sondern mit den Elternrechten sind natürlich auch Elternpflichten verbunden. Wenn diese Elternpflichten so massiv ignoriert wurden und werden, wie das in diesem Fall ist, dann, denke ich, muss das Elternrecht dem Kindeswohl gegenüber zurückstehen. Dann muss

(A) der Staat, das ist hier auch richtig gesagt worden, handelnd eingreifen, dann tritt die Sorgfaltspflicht des Staates ein, wie das Herr Dr. Sieling vorhin in seiner Rede gesagt hat.

Kevin wurde, so sehe ich das auch, als Mittel benutzt zur Rettung einer Familie, die schon nicht mehr bestand. Der Versuch wurde gemacht, um hier möglicherweise doch noch Elternrechte vielleicht aufzubauen. Das war von vornherein nach den Vorinformationen, die da waren, die in den Akten und vor Ort waren, nicht mehr möglich.

Nach meiner Auffassung war es ein massives Behörden- und womöglich auch Mitarbeiterversagen. Das, denke ich, muss aufgeklärt werden. Deswegen unterstütze ich die Einrichtung eines solchen Untersuchungsausschusses auch mit dem Auftrag, der diesem Untersuchungsausschuss mitgegeben wird. Wie gesagt, es ist der zweite Ausschuss, und ich glaube, der geht, wenn ich das richtig sehe, die Legislaturperiode geht ja zu Ende, an die Grenzen der Arbeitsmöglichkeiten dieses Hauses und dieses Parlaments. Ich glaube, mehr Untersuchungsausschüsse, um es am Ende einmal so platt zu sagen, können wir uns allein aufgrund der Arbeitskapazität und der Seriosität der Bearbeitung nicht mehr leisten.

(B) Ich hoffe, dass die Zusagen, die vorhin im Zusammenhang mit diesem Ausschuss genannt worden sind, dass dieser Ausschuss nicht in den politischen Wahlkampf hineingezogen wird, sondern dass man ernsthaft an der Aufklärung und Aufarbeitung des Geschehens arbeiten will und dann auch Lehren ziehen und umsetzen will, eingehalten werden. Ich hoffe, dass das ernst gemeint ist und dann auch so verfahren wird.

Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses wird sicherlich erst gegen Ende dieser Legislaturperiode vorliegen. Ich hoffe, dass es ein Ergebnis gibt, mit dem man dann auch politisch weiterarbeiten kann. Die nächste Bürgerschaft und der nächste Senat werden mit diesem Ergebnis und mit diesem Bericht letztendlich umgehen müssen. Sie werden die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen müssen. Ich glaube, Schnellschüsse verbieten sich, allerdings muss man vor Ort dann sehen, ob die Strukturen im Moment dort nicht verbessert werden müssen, damit jetzt in diesem halben Jahr, bis das Berichtsergebnis vorliegt, da nicht wieder solche Fälle auftreten.

Ich hoffe, dass der Appell, das nicht in das politische Geschehen hineinzuziehen, Wirkung hat. Ich möchte auch darum bitten und dringend darum werben, dass das Berichtsergebnis dann auch seriös, sowohl von der Senatsseite als auch von der Politik und von der Bürgerschaft her, ausgewertet wird und dass dieser Untersuchungsausschussbericht dann nicht im Aktenschrank oder in den Archiven der Bürgerschaft verschwindet. Das wäre mein Wunsch zum Schluss meines Redebeitrages.

Ich werde der Einrichtung des Untersuchungsausschusses zustimmen, und ich wünsche dem Untersu-

chungsausschuss, dass er ein gutes Ergebnis bringt (C) in dem Sinne, dass wir politisch daraus richtige und gute Schlussfolgerungen ziehen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen ist das ureigenste Recht des Parlaments. Deshalb ist es Brauch, dass sich der Senat in dieser Debatte nicht zu Wort meldet. Ich möchte davon heute für einige Bemerkungen eine Ausnahme machen.

Ich habe ganz ausdrücklich, ganz überzeugt und ganz bewusst drastisch formuliert, weil es die Wahrheit ist und bleibt, es ist ein schreckliches, ein unverzeihliches Versagen des Staates, der zu dem Tod von Kevin geführt hat. Vater Staat war hier wirklich Vater, er hatte die elterliche Sorge. Kevin musste vor seinen Eltern geschützt werden, das war unsere Aufgabe, und in dieser Aufgabe haben wir versagt. Ich habe deswegen Staatsrat Mäurer beauftragt zu dokumentieren, wer hat was, wann, wie, warum entschieden oder nicht entschieden. Ich bin dankbar, dass wir eine solche Dokumentation jetzt vorliegen haben.

Mir ist es wahrscheinlich wie jedem gegangen, der sich diese Dokumentation von Anfang bis Ende durchgelesen hat. Ich hatte das Bild von Kevin im Kopf und bin, wie andere auch, von Seite zu Seite und Schritt für Schritt dieser Behördenbearbeitung gegangen, und man hat sich gefragt: Wo ist eigentlich das Kind? Wo bleibt das Kind? Wer kümmert sich um das Kind? (D)

Sie wissen, ich habe es auch gleich am Anfang gesagt, dass das Schicksal von Kevin sich mit meinem Leben an einer bestimmten Stelle und an einem bestimmten Punkt gekreuzt hat. Ich bin ehrenamtlich, und zwar nicht als Bürgermeister, sondern schon sehr viel länger, als ich Bürgermeister bin, als Bürger dieser Stadt Mitglied des Trägervereins des Hermann Hildebrand Hauses. Ich bin in dieser Eigenschaft angesprochen worden, aufmerksam gemacht worden und habe gemeint, dass das, was ich daraufhin veranlasst habe, helfen kann.

Ich habe den Bericht an dieser Stelle dreimal gelesen und auch mit großen Emotionen. Mir ist gesagt worden, das war ein krasser Fall, der so heute nicht wieder entschieden worden wäre, im Bericht von Staatsrat Mäurer ist es vermerkt, es würde eine Tagespflegemutter eingeschaltet werden. Ich habe jetzt diesem Bericht entnommen, dass der Vater auf dieses Angebot geantwortet hat, die Tagespflegemutter sei türkischer Nationalität, und die wolle er deswegen nicht haben. Daraufhin ist ihm geantwortet worden, sie sei nicht türkischer Nationalität, sie sei syrischer Nationalität, und daraufhin hat er geantwortet, das mache es ja nicht besser. Das fassungslos Machende ist doch, dass es dann keine Tagespflegemutter

(A) gegeben hat. Ich sage hier noch einmal ganz ausdrücklich, ich habe mir nicht vorstellen können, dass man dann einfach aufhört mit dem, was man für notwendig erachtet hat.

Der Bericht, die Dokumentation, die uns Staatsrat Mäurer vorgelegt hat, Herr Mäurer hat es in der Pressekonzferenz auch so gesagt, beantwortet nicht alle Fragen. Die Frage, warum man sich mit dem Kind zwar als Fall und als Akte beschäftigt hat, aber nicht mit seinem konkreten Leben, wird nicht beantwortet.

Meine Damen und Herren, es kommt ja noch etwas Dramatisches hinzu: Wir wissen noch nicht den Todeszeitpunkt des Kindes, aber wenn wir uns die Dokumentation anschauen unter dem Eindruck, dass das Kind möglicherweise schon Ende Juli gestorben war und sich eine Bürokratie über Wochen und Monate mit einer Akte, mit einem Fall beschäftigt hat, aber nicht mit einem Kind, so ist diese Vorstellung doch gar nicht auszuhalten! Deswegen gibt es zahlreiche Fragen, die wir beantworten müssen, und ist es richtig, dass Sie diesen Untersuchungsausschuss einsetzen. Ich möchte hier für den Senat ganz ausdrücklich erklären, dass der Senat alles Erdenkliche an Unterstützung zur Arbeit des Untersuchungsausschusses leisten wird.

(B) Liebe Frau Linnert, ich werfe Ihnen nicht vor, ich möchte auch nicht vorgehalten bekommen, dass irgendjemand daran denkt, dass das in eine parteipolitische Sicht hineingeraten kann und darf. Ich glaube übrigens, dass uns das niemand verzeihen würde, weder in der bremischen Öffentlichkeit noch in der deutschen Öffentlichkeit, und wir stehen unter dem Blickwinkel der deutschen Öffentlichkeit, wahrscheinlich sogar darüber hinaus. Es würde uns niemand zu Recht verzeihen, wenn wir dieser Verantwortung nicht gerecht würden und uns hier mit einem Vorurteil um die Aufarbeitung, um die Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus diesem schrecklichen Schicksal kümmern würden.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig zu sagen, dass wir nicht warten können – bei allem Respekt vor der Arbeit des Untersuchungsausschusses –, bis der Untersuchungsausschuss seinen Bericht vorgelegt hat, und dann handeln, sondern dass wir sofort handeln müssen, und wir haben sofort gehandelt. Ich denke, es sind zwei Schritte, Sofortmaßnahmen und dann der nächste Schritt, dass wir das gesamte Hilfesystem für Kinder und Jugendliche nicht nur auf den Prüfstand stellen, sondern abklopfen müssen auf Schwachstellen und dann auch ganz schnell Konsequenzen ziehen müssen. Ich denke, das werden Sie auch als Mitglieder des Untersuchungsausschusses für richtig halten. Wir werden das, was der Untersuchungsausschuss zusätzlich erarbeitet, sicherlich einbeziehen.

Sofortmaßnahmen haben wir auf den Weg gebracht. Über Zahlen und Daten zu sprechen, wird Aufgabe

der neuen Senatorin sein. Was sich doch als erste, als allererste sich aufdrängende, jedenfalls als eine Schlussfolgerung, die sich unmittelbar mir aufgedrängt hat, wenn man nur die Akte, nur den Fall bearbeitet, ist, dass es gar nicht um das Kind gegangen ist und man nicht gewusst hat, wie es dem Kind geht, wie seine Situation ist. Dann ist doch die erste Aufgabe, die wir haben, dafür zu sorgen, dass wir ab jetzt wissen, wie es Kindern geht, und das ist die Sofortmaßnahme.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deswegen wollen wir unbedingt, und das ist die Verantwortung, die wir den Kindern gegenüber haben, die in solchen Familienverhältnissen leben, dass sie sich nicht auf den Schutz und die Erziehung ihrer Eltern verlassen können, dass wir jetzt wissen, wie es diesen Kindern geht. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt angehen, das müssen wir wissen, das ist das Erste. Damit diese Aufgabe auch geleistet werden kann, haben wir am vergangenen Wochenende, es ist darauf hingewiesen worden, neun Stellen ausgeschrieben. Über Stellenausschreibungen, die veröffentlicht worden sind, wollen wir zusätzliche Kräfte gewinnen, um diese Sofortmaßnahmen auch einleiten zu können.

Das Weitere ist, dass wir neue und bessere Standards setzen müssen, und die haben für mich auch in allererster Linie damit zu tun, dass wir wissen müssen, wie es dem Kind geht. Ich habe gesagt, das ist mein Ziel, das ich gern erreichen möchte, dass wir zweimal die Woche von Professionellen einen Eindruck bekommen, der uns sicher macht, wie es dem Kind geht. Das muss möglich sein, und das wird möglich sein.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe in diesem Zusammenhang auch gesagt, dass es nicht um Geld gehen kann. Das haben hier alle Redner gesagt, dafür bin ich dankbar. Das Wohl von Kindern steht über jeder Haushaltslage, deswegen werden wir finanzieren, was finanziert werden muss. Darüber hinaus glaube ich, dass wir die nächsten Wochen und Monate, der Untersuchungsausschuss wird sicher seinen Beitrag dazu leisten, über einen Mentalitätswechsel sprechen müssen. Ich nehme gern auf, was Sie gesagt haben, Frau Linnert, über die Kultur des Laissez-faires. Ja, das ist der Eindruck, den wir aus der Dokumentation haben.

Was mich bewegt hat, ist, so haben Sie es ja auch referiert, dass der Blick auf Vater und Mutter gerichtet war, wie geht es denen. Die Trauerarbeit des Vaters um den Tod der Mutter, so schimmert es an einigen Stellen durch, war wichtiger als die Frage, wie es eigentlich dem Kind geht. Oder die Parteilichkeit derjenigen – die Sozialarbeiterin war es, glaube ich –, die während der Schwangerschaft der Mutter vor der Frage stand: Was ist wichtiger, zu verhindern, wenn es geht, dass ein HIV-infiziertes Kind auf die Welt

(C)

(D)

(A) kommt, oder das Wohlbefinden der Mutter? Ich sehe es mit Fassungslosigkeit! Ich habe gedacht, es gibt nur eine Antwort darauf, aber augenscheinlich sehen es einige anders.

Ich glaube auch, dass man sich über Drogenpolitik verständigen muss, was es heißt, Methadonprogramme zu machen. Wie kontrollieren wir eigentlich, ob und wie Beigebrauch stattfindet oder nicht? Meine feste Überzeugung ist, dass Methadonvergabe nur dann in Betracht kommt, wenn es Sicherungen dafür gibt, dass der Beigebrauch eben nicht stattfindet.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir sind mit unserem Methadonprogramm nicht dazu aufgerufen, gewissermaßen die Sucht zu unterstützen, sondern wir sind dazu aufgerufen, die Sucht zu substituieren. Das ist doch der Auftrag!

Ich glaube, wir müssen der richtigen Aufgabe, das Verhältnis von Kinderrechten und Elternrecht neu auszubalancieren, auch Taten folgen lassen. Ich habe mich dazu so geäußert und mache es hier auch noch einmal, dass ich dafür bin, dass das Land Bremen alles unterstützt, was dazu führt, dass wir die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder zwischen null und sechs Jahren verpflichtend machen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) weil ich glaube, es kann nicht sein, dass wir es in solchen prekären Familienverhältnissen zulassen, wenn Kinder sich auch Tagespflege, Krabbelgruppen, Kitas entziehen, dass solche Kinder nur zweimal gesehen werden: einmal, wenn sie geboren werden, und einmal, wenn sie in die Schule kommen, und dazwischen nicht. Das kann doch nicht sein!

Wir wissen doch, das sind die wichtigen, weichenstellenden Jahre, in denen Schicksale und Lebenschancen auch entschieden werden, also müssen wir doch auch in dieser Zeit etwas tun. Ich glaube, es ist auch anderen Eltern zuzumuten – und das ist die Balance zwischen Elternrecht und Kinderrecht –, die für sich, wie Herr Perschau gesagt hat, in Anspruch nehmen und in Anspruch nehmen können, dass sie ihren Erziehungsaufgaben gerecht werden, dann diese Aufgaben, die sie sowieso wahrnehmen, als verpflichtend zu erfahren, damit es uns gelingt, die, die ihre Aufgaben nicht entsprechend wahrnehmen, auch in den Kreis hineinzubekommen, der dann unsere Verantwortung spüren kann.

Was ich zum Ausdruck bringen möchte: Der Senat wird die Arbeit des Untersuchungsausschusses unterstützen. Wir werden gemeinsam alles dafür tun, dass der Staat seiner Verantwortung gerecht werden kann. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/1168 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, der soeben angenommene Antrag sieht vor, dass der Untersuchungsausschuss aus sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern bestehen soll.

Die Wahlvorschläge dazu liegen Ihnen schriftlich vor.

Wir kommen zur Wahl.

Wer den Wahlvorschlägen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(D)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 3 des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen bestimmt die Bürgerschaft den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses sowie dessen Stellvertreter. Beide müssen verschiedenen Fraktionen angehören.

Die Fraktion der CDU hat den Abgeordneten Helmut Pflugradt für die Wahl zum Vorsitzenden vorgeschlagen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Abgeordneten Klaus Möhle als stellvertretenden Vorsitzenden.

Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer den Abgeordneten Helmut Pflugradt zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(A) Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Helmut Pflugradt zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

Nun lasse ich über den Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer den Abgeordneten Klaus Möhle zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **W e d l e r** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Klaus Möhle zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

(B) Ich bitte den Abgeordneten Pflugradt, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

Wahl eines Mitglieds des Senats

Wir verbinden hiermit:

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Für die Wahl eines Mitglieds des Senats hat die Fraktion der SPD Frau Ingelore Rosenkötter vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der heutigen Wahl kommt es, weil infolge der gerade eben debattierten Ereignisse Frau Senatorin Röpke von ihrer Funktion im Senat zurückgetreten ist. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, dass Karin Röpke diesen Schritt sehr konsequent und sehr zügig vollzogen hat, dass Karin Röpke im März 2002 in dieses Amt gekommen ist als Nachfolgerin der Senatorin Hilde Adolf, die bei einem Autounfall tragisch ums

Leben gekommen ist, und damals vor der Aufgabe stand, sich sehr kurzfristig zu entscheiden, dieses wichtige und große Ressort zu übernehmen, und jetzt auch unter ganz schwierigen Umständen und Gründen wieder aus diesem Ressort ausgeschieden ist.

Karin Röpke hat, glaube ich, ich habe das immer so erfahren, nicht nur hier im Hause, sondern insgesamt in unseren beiden Städten eine sehr engagierte Arbeit gemacht. Sie hat dafür gestanden, dass in der Sozialpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Gesundheitspolitik mit Augenmaß, aber auch mit großer Verantwortung gehandelt worden ist. Diese Debatte möchte ich nutzen, mich bei Karin Röpke noch einmal herzlich für ihre Arbeit zu bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe vor drei Wochen nach dem Rücktritt von Karin Röpke hier gestanden und angekündigt, dass wir sehr schnell und zügig einen neuen Vorschlag zur Wiederbesetzung machen werden. Das ist dann nach wenigen Tagen erfolgt. Es gab dann sogar die Kritik, nachdem viele Wiederbesetzungen etwas zu lange gedauert hätten, das sei nun zu schnell gewesen. Damit muss man leben, aber es war und ist richtig, glaube ich, dass wir heute und so schnell zu dieser Wiederbesetzung kommen.

Ich kann Ihnen sagen, wir schlagen Frau Ingelore Rosenkötter vor, eine Frau, die viel Erfahrung hat in Themen der Sozialpolitik, und zwar teilweise innerhalb der Aufgaben, die sie ja zukünftig zu leiten haben wird, aber vor allem auch außerhalb der öffentlichen, staatlichen und kommunalen Bereiche, die diese Themen kennt, und vor allem eine Frau, die engagiert, konsequent und sehr entscheidungsfreudig in der Lage ist, Organisationen zu leiten. Sie wissen, sie war und ist im Ehrenamt Präsidentin des Landessportbundes.

Ich bin sehr sicher, dass Ingelore Rosenkötter, so erlebe ich sie, eine Senatorin sein wird, die in dieser schwierigen Lage, in der ihr wahrscheinlich die üblichen 100 Tage kaum bleiben werden, die man so bekommt, in der Lage sein wird, diese Aufgaben in der Sozialpolitik und in der Gesundheitspolitik, zu denen wir beide Untersuchungsausschüsse haben, sehr zielstrebig anzugehen, aber auch mit der entsprechenden Umsicht, was die Entwicklung dieses großen Ressorts angeht. Ich will sagen, sie ist ja nicht nur die Senatorin für Soziales und Gesundheit, sie ist auch die Senatorin für Jugend, die Senatorin für Gleichstellung, für Familie, und sie ist auch die Senatorin für Arbeit, die hier eine wichtige Aufgabe hat in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich bin sicher, sie wird dies sehr umsichtig, sehr entschieden und engagiert machen, und sie wird dafür sorgen, so waren und sind ihre eigenen Worte, ein fürsorgliches Miteinander in diesem die Menschen betreffenden wichtigen Ressort anzugehen.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, ich habe hier – ich will das in dem Zusammenhang auch ansprechen – vor drei Wochen auch gesagt, dass auch diese Entwicklungen insbesondere im Sozial- und im Gesundheitsbereich es erfordern, dass wir in diesem wohl größten Ressort des Senats und der Bremer Landesregierung verschiedene Strukturen werden ändern müssen, dass dazu auch gehört – und da haben wirklich Spargründe die Rolle gespielt – zu korrigieren, dass dieses große Ressort von einer Staatsrätin auf der Verwaltungsebene geführt wird, von Frau Dr. Weihrauch, die im Übrigen wirklich auch noch sehr neu in dieser Stadt, in diesem Land ist, ich will einmal sagen, die eine hervorragende Arbeit in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, gerade in dieser schwierigen Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre eine wichtige Verstärkung, wenn es möglich wäre, in diesem Ressort einen zweiten Staatsrat zu etablieren. An diesem Vorschlag halten wir fest. Der Senat wird darüber zu entscheiden und zu beraten haben, die neue Senatorin wird dazu einen Vorschlag unterbreiten müssen, aber ich will hier noch einmal deutlich dafür werben, auch wenn es sich immer gut anhört, dass man sagt, man müsse doch zuerst und vorrangig, manche sagen ja auch ausschließlich, auf den unteren Ebenen Verstärkung herbeiführen. Ich denke, wenn wir über organisatorische Probleme diskutieren, und das hat die letzte Debatte vorhin geprägt, dann muss man auch bereit und in der Lage sein, dafür zu sorgen, dass Strukturen entsprechend organisiert werden können. Deshalb ist es auch richtig, hier eine Verstärkung in der Spitze vorzunehmen.

(B)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Frau Rosenkötter zu wählen. Ich glaube, sie wird eine hervorragende Sozialsenatorin, Gesundheits senatorin, Senatorin für Gleichstellung, Senatorin für Arbeit werden. Ich bitte um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für Ingelore Rosenkötter! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ähnlich wie der Kollege Dr. Sieiling am Anfang auf den Anlass dieser Neuwahl zurückkommen. Vielleicht ist es nicht ganz üblich für die Opposition. Ich finde, dass auch die Opposition an dieser Stelle der ehemaligen Senatorin Karin Röpke ihren Respekt ausdrücken sollte, und zwar ihren Respekt dafür, dass sie für Bremen, für die Menschen

*) Vom Redner nicht überprüft.

in Bremen und Bremerhaven alles das gegeben hat, was sie konnte, dass sie einen großen Teil ihres Lebens für dieses Engagement eingesetzt hat.

(C)

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Man kann sich, wenn man sich nur einen kleinen Moment in die Lage einer Politikerin hineinversetzt, in dieser Situation unschwer vorstellen, wie schwer es ist, auf diese Art und Weise aus dem Amt zu scheiden. Deswegen finde ich, dass der Begriff Respekt genau der richtige ist, der für diesen Rücktritt gefunden werden sollte.

(Beifall)

Wir haben nun die Situation – ich habe mir, es ist kein besonderes Vergnügen, einmal die Mühe gemacht, ein bisschen nachzuzählen, weil meine Kollegin Frau Linnert und ich das Gefühl hatten, dass wir schon öfter hier standen, nachdem Senatorinnen und Senatoren zurückgetreten sind und wieder neue gewählt werden müssen in dieser Regierungszeit –, wir wählen heute die 21. Senatorin oder den Senator, und wenn sie dann gewählt ist in dieser Großen Koalition, dann wird sie den 32. Staatsrat berufen, zumindest ist es so angekündigt worden.

Ich glaube, dass dies zeigt, dass das, was am Anfang sowohl auf der Bundesebene als auch in Bremen immer verkündet worden ist, Große Koalitionen sind im Unterschied zu kleinen Koalitionen vor allen Dingen ein Hort der Stabilität – das ist das, was wir am Anfang gehört haben, das ist das, was 1995 am Ausgang dieser Koalition gesagt worden ist, vor allen Dingen haben sie den großen Vorteil, sie sind ein Hort der Stabilität –, so nicht der Fall zu sein scheint, wenn man sich dieses Personalkarussell ansieht, das sich dreht und dreht und immer schneller dreht, und wir stehen ja fast ständig hier und begrüßen jemanden oder begrüßen ihn auch nicht. Es scheint Probleme zu geben sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite mit diesen Besetzungen. Vielleicht ist es doch so, dass das, was jetzt passiert, nicht ganz zufällig auch in die Endphase dieser Koalition hineingeht.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles hat nichts mit der vorgeschlagenen Person Ingelore Rosenkötter zu tun, wer wie ich aus dem Sport kommt, kennt sie gut. Ich war nach dem Rücktritt von Karin Röpke sofort überzeugt, dass die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei und der Senat Ingelore Rosenkötter benennen werden für dieses Amt, weil ich glaube, dass sie in der Vergangenheit bewiesen hat, dass sie hier einen guten Job gemacht hat.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

(A) Ich glaube allerdings, dass das nicht mehr viel nützen wird in den verbleibenden fünf bis sechs Monaten. Ich teile die Einschätzung eines prominenten Kommentars in unserer bremischen Tageszeitung, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Die Koalition, die Regierung in Bremen, ist zurzeit gekennzeichnet durch stagnierende Politik bei inflationärer Zunahme der Probleme.“ Das ist so, das haben wir heute und auch in den vergangenen Sitzungen so debattiert, das nimmt die Öffentlichkeit, das nehmen die Menschen in Bremen und Bremerhaven so wahr, und so nehme ich es auch wahr. So ist es ein schweres Amt für jeden und für jede, die neu in diese Regierung kommt, in dieser Phase quasi noch einmal anzupacken und noch einmal zu versuchen, hier wenigstens eine halbwegs ordentliche Politik zu machen.

Ich teile ganz ausdrücklich, das ist offensichtlich nicht populär in der veröffentlichten Meinung, wie wir gesehen haben, dass es damals ein großer Fehler war, als Hans-Christoph Hoppensack in den Ruhestand gegangen ist, darauf zu bestehen, ein solches Mammutressort mit einem Staatsrat leiten zu wollen. Das ist nicht populär, das haben Sie gelesen, da sagt man, ein Staatsrat kostet Geld, das kann man auch woanders einsetzen. Ich halte das für absurd. Wenn man sich die Summen anschaut in einem Haushalt von 4 Milliarden Euro jährlich, dann halte ich dieses Argument für absurd. Es war eine totale Überforderung, es war ein krasser Fehler, in diesem Fall übrigens auch ein Fehler der politischen Führung, die so etwas entscheiden muss, ob ich mit ein oder zwei Staatsräten zusammenarbeite, hierauf einzugehen und sich darauf einzulassen, dies mit einem Staatsrat zu machen. Ich glaube, dass es richtig ist, zwei Staatsräte beziehungsweise Staatsrätinnen zu haben.

(B) Ich finde allerdings, weil es ein guter Brauch ist, dass die jeweiligen Senatorinnen und Senatoren die Staatsräte und die Staatsrätinnen selbst ernennen sollten, was sehr viel Sinn macht, weil das jemand sein muss, der das absolute Vertrauen und die direkte Benennung durch den jeweiligen Senator hat. Es ist ein Nachteil am Start von Frau Rosenkötter, dass sie dazu nicht in der Lage ist, dass man schon lange vor ihrer Wahl den Staatsrat in der Partei ausgesucht hat und sie nicht die Möglichkeit hat, das hätte ich ihr gegönnt, selbst zu entscheiden, wer Staatsrat oder Staatsrätin wird. Das ist schade, weil es sie schwächt, und wir brauchen insgesamt starke Politiker und starke Senatoren in dieser Stadt und in unserem Land, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ein sehr mutiger Schritt von Frau Rosenkötter, diese Wahl anzunehmen. Das hat die Debatte, die wir gerade geführt haben, und die Debatte, die wir über den Klinikskandal geführt haben, gezeigt, auch wenn man einmal schaut – und ich teile das, dass wir uns jetzt nicht in der bremischen Politik nur auf diese wirklich als große Skandale an die Öffentlichkeit

gekommenen Themen zurückziehen können –, welche anderen Aufgaben in den nächsten Monaten auf Frau Rosenkötter zukommen. (C)

Wenn man vom Klinikskandal und dem Versagen des Jugendamtes absieht, dann haben wir Auswirkungen einer im Moment noch in der Großen Koalition in Berlin zusammengebastelten Gesundheitsreform, die sich auf Bremen ganz massiv auswirken werden. Wir haben nach wie vor große Probleme am Arbeitsmarkt, und dieses Ressort ist natürlich auch für den Arbeitsmarkt, die BAGIS und dafür verantwortlich, dass Menschen eben nicht, wie das vorhin vom Bürgermeister und vielen anderen gesagt worden ist, dauerhaft auf das Abstellgleis geschoben werden können, sondern dass es wieder Möglichkeiten gibt, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und sich dann eben auch sozial und mental in der Familie und bei der Betreuung der Kinder zu stabilisieren, um diese gesellschaftlichen Aufgaben wahrnehmen zu können. Arbeit ist also eine Schlüsselkategorie, und das Ressort ist dafür zuständig, dass wir hier stärker vorankommen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Es ist nicht gesagt worden, weil das schon bei so vielen Bezeichnungen des Ressorts immer irgendwie noch untergeht, das Ressort ist auch zuständig für die Integration von Zugewanderten hier in Bremen, das ist auch eine sehr wichtige Aufgabe, wie Sie wissen. Auch hier haben wir noch sehr viel vor uns. Kliniken müssen neu aufgestellt werden, Personal für die Leitung muss gesucht werden. Das Klinikum Mitte muss umgebaut werden, und dieser Umbau muss finanziert werden. Wir haben viel entschiedener als bisher Armut und eben nicht nur die Kinderarmut, sondern die Armut von Menschen in Bremen insgesamt zu bekämpfen. (D)

Ich könnte endlos so fortfahren und möchte der Kandidatin keinen weiteren Schrecken von dieser Stelle aus einjagen. Ich finde, es ist ein Ressort, es sind Aufgaben, es sind wirklich Themen, die vor einem stehen, sodass man sich überlegen muss, ob das, was für die Staatsräteebene gilt, eigentlich für die politische Führungsebene auch gilt. Ich will das hier nicht entscheiden, das ist jetzt auch nicht der Zeitpunkt, das zu entscheiden. Es ist zumindest eine offene Frage, ob es sinnvoll ist, Regierungen, die die Menschen ja gewählt haben, um den Staat ordentlich zu führen, so weit zusammenzudampfen, dass sie am Ende zu diesem Auftrag, den die Menschen ihnen gegeben haben, nicht mehr in der Lage sind. Hier müssen wir vielleicht auch diesen vermeintlichen Sparkurs umkehren, der ja wirklich nur im Promillebereich ist, möglicherweise hinterfragen und lieber wieder in die Verantwortung gehen, dass wir das, was wir von den Menschen als Auftrag mitbekommen haben, auch tatsächlich erfüllen können, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Das alles wird jetzt in dieser Legislaturperiode nicht mehr geschehen, sondern Frau Rosenkötter wird, ich nehme es an, heute von der Koalition gewählt werden. Die Opposition, die an diese Koalition schon lange nicht mehr glaubt, die nach diesen Ereignissen der letzten Monate noch viel weniger an die Zukunft und die Fähigkeit dieser Regierung glaubt, die Probleme Bremens lösen zu können, wird sie nicht wählen, weil sie glaubt, dass das Schicksal Bremens viel besser wieder zurück in die Hände der Menschen, in die Hände der Wählerinnen und Wähler gelegt werden müsste, wenn man an einem solchen Punkt in einer solchen Regierung angekommen ist. Gleichwohl gehe ich davon aus, dass die Koalition Frau Rosenkötter, die unseren vollen Respekt und unsere Unterstützung in der Sache genießt, nachher wählen wird. Da das der Fall sein wird, wünsche ich ihr für dieses sehr schwere Amt Glück und Geschick und dass sie die besten Entscheidungen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven treffen möge. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Perschau.

(B) Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Güldner, es ist absolut zulässig, dass die Opposition sich eine Auflösung der großen Koalition wünscht. Das ist normal und überrascht auch nicht sonderlich. Ich hoffe, es überrascht Sie auch nicht, dass wir das anders sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Insofern denke ich, Sie haben hier eine so große Schleife gemacht. Sie hätten nach Ihrer Rede eigentlich die innere Logik anbieten müssen, dass Sie Frau Rosenkötter nun auch wählen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Alles, was Sie gesagt haben, hätte eigentlich dazu führen müssen. Aber weil Sie in der Opposition sind, geht es nach dem Motto, mögen hätte ich denn schon gewollt, aber dürfen habe ich mich nicht getraut.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das ist auch zulässig. Es ist auch zulässig, dass man das sagt. Insofern finde ich das nicht sonderlich überraschend.

Ich glaube, dass die SPD, und darüber bin ich froh, in der schwierigen Lage, in der das Ressort sich befindet, Gott sei Dank sehr schnell entschieden hat. Sie hat sich auch für jemanden entschieden, der hier aus Bremen kommt, der hier verankert ist, der in dem

sozialen Bereich verankert ist durch die Tätigkeit im Roten Kreuz und durch die Tätigkeit im Landessportbund sich sicherlich erhebliche Verdienste erworben hat. Gleichwohl ist es so, wir wissen es ja, es ist ein schweres Amt. Frau Röpke hat dieses schwere Amt auch ausgefüllt und ist mit sehr viel Engagement herangegangen. Es ist bitter, gelegentlich zu erleben, dass dann an bestimmten Bruchkanten eben auch solche Politikerschicksale sehr viel Bitteres erleben müssen. Das ist das Problem der politischen Verantwortung, die wir alle tragen und der man sich nicht entziehen kann. Das ist etwas sehr Grundsätzliches und sehr Allgemeines.

Deshalb, liebe Frau Rosenkötter, wünsche ich Ihnen, dass Sie nicht nur den Mut haben, dafür zu kandidieren, das haben Sie ja, sondern dass Sie das Stehvermögen besitzen, auch das zu akzeptieren, und dass es etwas anderes ist als in den anderen Funktionen, die Sie bisher hatten. Politiker sind auch dazu da, dass Menschen sich daran reiben können, sie müssen das auch aushalten. Sie müssen die Konflikte und die Entscheidungen, die das Leben mit sich bringt, durchtragen können. Dafür braucht man sehr viel Finger-spitzengefühl und Hartnäckigkeit, auch einen guten Schuss Selbstbewusstsein. Ich glaube, dass Sie das entwickeln können. Ich wünsche Ihnen jedenfalls, dass Sie die Tatkraft entwickeln.

Aber gerade im Anschluss an die letzte Debatte wünsche ich mir natürlich auch, dass Sie in besonderer Weise diese klimatischen Verwerfungen in der Frage der Zuwendungsbereitschaft, der Zuwendungs-freude, der Menschlichkeit, die Freude einfach daran, mit Menschen zu arbeiten, Menschen zu helfen und für Menschen das Richtige zu tun, verspüren und dass Sie diese auch in das Amt einbringen.

Die CDU, das wird Sie auch nicht sonderlich überraschen, wird im Gegensatz zur Opposition Ihrer Wahl zustimmen, wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit. Ich denke, dass gerade solche Krisen förmlich dazu einladen, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln und etwas Gutes zustande zu bringen. Dabei wollen wir Ihnen durchaus helfen. Ich wünsche Ihnen ganz persönlich viel Erfolg, und die CDU wird das Ihre dazu beitragen, soweit wir das können, eine gemeinsame erfolgreiche Arbeit zu leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lasse Ihnen noch ein paar Sekunden Zeit, dann können Sie den Raum ja verlassen. Angesichts des wichtigen Themas ist das bezeichnend für Ihr Demokratieverständnis. Sie können bloß froh sein darüber, dass vorher meine viel zu kurze Redezeit abgelaufen war. Ich hätte nämlich noch Einiges zu sagen, und ich wollte gerade erst so

(C)

(D)

(A) richtig loslegen. Dafür haben Sie wahrscheinlich auch schon tagelang gebetet, dass es nicht der Fall sein würde.

(Abg. C r u e g e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Beten hilft ja nicht, Herr Tittmann, das ist ja das Schlimme!)

Herr Willy Wichtig, ach, entschuldigen Sie bitte, Herr Willy Weber,

(Unruhe – Zuruf: Wedler!)

Herr Wedler, ja, weiß ich! Das müssen Sie entschuldigen, Herr Wichtig, Herr Wedler! Herr Willy Wedler, ich weiß nicht, warum ausgerechnet Sie hier so große Sprüche klopfen müssen. Erstens sind Sie ab dem 13. Mai 2007 hier sowieso politisch nicht mehr vertreten, und zweitens lasse ich mich von einem FDP-Mitglied, Mitglied einer Partei, die sowieso sinnloser und nutzloser ist als ein Kropf, nicht beleidigen.

Meine Damen und Herren, die Ernennung von Frau Rosenkötter zur neuen Sozialsenatorin ist meines Erachtens zu schnell, zu panikmäßig und zu überstürzt erfolgt. Sie dürfen bei Ihren Überlegungen nicht sträflich außer Acht lassen, dass es sich bei der neuen, zukünftigen Sozialsenatorin Frau Rosenkötter für das sehr wichtige, schwer angeschlagene Ressort bei aller persönlichen Wertschätzung ihrer erfolgreich geleisteten Arbeit als Landessportbundvorsitzende um eine politisch unerfahrene Person handelt. Da kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass Frau Rosenkötter über die notwendigen politischen Erfahrungen verfügt, ein solch schwieriges, skandalumwittertes Amt mit zukunftsorientierten politischen Weichenstellungen nach vorn bringen zu können. Hierzu ist dringend erforderlich, fernab jeglichen Parteibuchdenkens große Autorität und sehr hartes Durchgreifen, effektive politische Weichenstellungen zukunftsorientiert durchzusetzen auch gegen den starken, massiven Widerstand und Druck innerhalb ihrer eigenen Partei. Ob das ohne politische Erfahrung überhaupt möglich ist, das mag ich sehr stark bezweifeln!

Meine Damen und Herren, Frau Rosenkötter hat ohne Zweifel als Landessportbundvorsitzende mit sehr viel Engagement Großartiges geleistet, das ist völlig unbestritten. Dafür sind ihr viele Bremerhavener und Bremer dankbar. Vorsitzende eines Landessportbundes zu sein, ist aber von der politischen Verantwortung und den Sachfragen etwas ganz anderes als verantwortliche Senatorin für ein solch schwieriges Amt. Darum will man ja auch meines Erachtens Frau Rosenkötter einen zweiten, sehr teuren Staatsrat zur Seite stellen in Person ihres SPD-Parteigenossen Herrn Dr. Schuster, der meiner Meinung nach über genauso wenig Verwaltungserfahrung und Sachkenntnis verfügt wie die zukünftige Frau Senatorin. Hier habe ich den schlimmen Verdacht, dass dem treuen Parteisol-

daten Dr. Schuster ein gut dotierter Versorgungsposten zugeschustert werden soll.

Meine Damen und Herren, ich habe es vorhin schon erwähnt, für diese monatlich zirka 8000 Euro für einen zweiten, unnötigen Staatsrat können Sie sogar drei zusätzliche Sozialarbeiter einstellen, die aktiv und viel effektiver als ein zweiter Staatsrat direkt vor Ort wichtige Hilfestellungen zum Wohle vernachlässigter Kinder und betroffener Familien leisten könnten. Das wäre sinnvoller und zweckmäßiger als ein zweiter, teurer Staatsrat.

Meine Damen und Herren, für die neue Sozialsenatorin geht es jetzt um große, schwerwiegende und tief greifende Strukturreformen, und das ohne jahrelange politische Erfahrung und mit einem zweiten Staatsrat, der „nur“ als sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion tätig gewesen ist, das mag ich auch sehr bezweifeln. Meines Erachtens reichen diese Kriterien fachlich und sachlich nicht aus, um dieses sehr schwere Amt qualitativ leiten zu können, denn es reicht meines Erachtens nicht als Qualifikation aus, wenn man als Qualifikation vielleicht nur das SPD-Parteibuch besitzt, siehe Hennemann, Vulkan-Skandal lässt grüßen, oder aber ein guter Marathonläufer ist, siehe Senator Lemke mit seiner gescheiterten Bildungspolitik.

(Unruhe)

(B) Meine Damen und Herren, Frau Rosenkötter, ich kann Ihnen nur dringend raten, bleiben Sie noch sehr lange die gute Vorsitzende des Landessportbundes! Aber wie ich der Presse entnehmen kann, steht Ihr sich selbst anbietender Nachfolger, Herr Frank Schildt, SPD, der jedem nur erdenklichen Pöstchen mit Schaum vor den Lippen hinterherhechelt, schon in den Startlöchern und scharrt mit den Hufen, der jedes Mal bei Gewitter, wenn es donnert oder blitzt, lächelt, weil er meint, er wird von der Presse fotografiert.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich werde Frau Rosenkötter nicht mitwählen, wünsche ihr aber trotzdem auch im Namen der Deutschen Volksunion als neue Sozialsenatorin zum Wohle und im Interesse des Landes Bremen bei der Ausübung ihres sehr schweren Amtes viel Mut, Kraft, Glück und Erfolg und eine SPD-Fraktion, die ihr dabei nicht in den Rücken fällt.

Abschließend darf ich namens der Deutschen Volksunion noch hinzufügen, der Rücktritt von Frau Senatorin Röpke wiegt nicht auf, was ihre verantwortlichen Mitarbeiter, mit dieser bundesweiten Schande auf ihr Gewissen geladen haben.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(C)

(D)

(A) Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 2 der Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Gemäß Paragraf 58 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Da es interfraktionell vereinbart wurde, erfolgt die Abstimmung gemäß Absatz 4 in Wahlkabinen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich jetzt das Prozedere vorlese, wäre es ganz gut, wenn wir uns hier im Plenarsaal ein wenig vervollständigen würden.

Meine Damen und Herren, zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgende Anmerkungen machen:

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf auf dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel! Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu wählen.

(Unruhe)

(B) Meine Damen und Herren, wir machen jetzt eigentlich eines der ganz wichtigen Dinge, nämlich wir wählen ein Mitglied des Senats, und ich bitte jetzt doch um ein bisschen Aufmerksamkeit!

Meine Damen und Herren, fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig. Falten Sie den Stimmzettel und stecken Sie ihn in den mitgegebenen Wahlumschlag! Werfen Sie den Stimmzettel dann in die Wahlurne!

Meine Damen und Herren, ich weise noch darauf hin, dass die Schriftführerinnen beziehungsweise der Schriftführer Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer der das Wahlgeheimnis gefährdenden Art und Weise von den übrigen abweicht.

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er bei den Schriftführerinnen beziehungsweise bei dem Schriftführer gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Wahl. (C)

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgeführten Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen beziehungsweise den Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich beginne jetzt mit dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Jetzt frage ich noch einmal, ob alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten haben.

Ich stelle fest, dass alle Abgeordnete ihre Stimmzettel erhalten und auch abgegeben haben.

Meine Damen und Herren, damit ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführerinnen und den Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

Meine Damen und Herren, für diesen Zeitraum unterbreche ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). (D)

(Unterbrechung der Sitzung 12.37 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.45 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen und dem Schriftführer vorgelegt wurde:

Ausgegebene Stimmzettel 83, abgegebene Stimmzettel 83, vernichtete Stimmzettel 0. Auf Frau Rosenkötter entfielen 57 Ja, 22 Nein und 4 Enthaltungen, ungültig 0.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, damit ist Frau Ingelore Rosenkötter gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung in den Senat gewählt.

(Beifall)

(A) Frau Rosenkötter, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben in den Senat gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen. (C)

(Frau R o s e n k ö t t e r : Ja!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, Sie haben die Wahl in den Senat angenommen.

Wir kommen nun zu Ihrer Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ den Eid zu leisten.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Frau Rosenkötter, ich bitte Sie, jetzt den Eid zu leisten!

(Senatorin R o s e n k ö t t e r : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Frau Senatorin Rosenkötter, mit der Eidesleistung ist Ihr Amtseintritt in den Senat vollzogen.

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen für Ihre schwierige Amtsführung alles Gute! Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit ist die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) geschlossen.

(Schluss der Sitzung 12.48 Uhr)

(B)

(D)

